MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe November 2023

DIE STUB VOR DEN ARCADEN: MIT MUT ZUR GROßEN LÖSUNG!

VON FLORIAN JANIK

In diesen Wochen hat der Erlanger Stadtrat über den künftigen Verlauf der StUB im Bereich der Arcaden diskutiert. Für die StUB ist das ein sehr wichtiger Streckenabschnitt. Für die Innenstadt aber ist es noch viel mehr: die Chance auf eine lebendigere, grünere, noch attraktivere Innenstadt, die für die Menschen da ist.

INTELLIGENTER VERKEHR FÜR EINE LEBENSWERTE STADT

Die Stadt hat in den vergangenen Jahren den Verkehr in Erlangen schrittweise neu gestaltet. Grundlage davon war und ist der Verkehrsentwicklungsplan (VEP). Klar ist: Es sind zu viele Autos auf den engen Straßen der dicht besiedelten Innenstadt unterwegs. Es geht aber nicht darum, diese Autos einfach nur raus aus der Stadt zu bekommen.

Es geht vielmehr darum, den Verkehr anders zu organisieren, ihn intelligenter und verträglicher zu steuern: Durch eine Umorganisation des Parkens in der Stadt, wodurch weniger Autos auf der Suche nach Parkplätzen in der Innenstadt unterwegs sein sollen. Und durch eine andere Verkehrsführung, die den Durchgangsverkehr auf leistungsfähige Hauptverkehrsstraßen lenkt – und nicht mitten durch die Innenstadt, wo Autos Platz kosten und Lärm und Dreck verursachen, insbesondere für die Menschen, die direkt an den vielbefahrenen Straßen wohnen.

Florian Janik, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen

Die Innenstadt soll dabei selbstverständlich erreichbar bleiben. Wer mit dem Auto in die Stadt muss, weil große Einkäufe zu erledigen sind oder weil man nicht mehr so gut zu Fuß ist, soll immer in die Stadt kommen, schlimmstenfalls mit einem kleinen Umweg. Ein erstes Beispiel dafür war die Einführung der Einbahnstraßenregelung in der Neuen Straße. Sie hat den Durchgangsverkehr dort deutlich reduziert. Die Menschen an der viel befahrenen Straße konnten aufatmen. Das Klinikum aber ist nun sogar besser erreichbar als vorher, auch weil die Rettungswagen weniger im Stau stehen.

>> Seite 3

TERMINE

07.11.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus Friedrich-List-Straße 5	S. 27
08.11.	15:00	AG 60+	Thalermühle	S. 19
08.11.	19:30	Distrikt Tennenlohe: Distriktsitzung	Schlossgaststätte, Schlossgasse 7	S. 25
15.11.	15:00	Filmnacht der AG 60+: „Paulette“	IG-Metall-Saal, Friedrichstr. 7	S. 28
17.11.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsitzung	Pizzeria Romano, Nebenraum, Schronfeld 74	S. 25
19.11.	12:00	Enten-Essen Distrikt Tennenlohe	Schlossgaststätte, Schlossgasse 7	S. 25
19.11.		Redaktionsschluss Monatsspiegel		S. 6
21.11.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus Friedrich-List-Straße 5	S. 27
22.11.	20:00	Distrikt West: Distriktsitzung	Gasthof Güthlein, Dorfstraße 14	S. 25
23.11.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Blaue Traube im Turnerbund, Spardorfer Str. 79	S. 22

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende:
Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:
Fynn Geifes, Martin Prokopek
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 812 65-22
Telefax: 09131 812 65-13
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Mo	08:00 - 11:30 Uhr
Di	08:00 - 11:30 Uhr
Mi	geschlossen
Do	17:00 - 19:00 Uhr
Fr	geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender:
Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter

Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225
Mail:
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Bürozeiten

Mo	09:00 - 13:00 Uhr
Di	09:00 - 13:00 Uhr
Mi	geschlossen
Do	09:00 - 13:00 Uhr
Fr	geschlossen

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:
Christian Stiegler
(cs, presserechtlicher Verantwortlicher, Anschrift wie oben)
Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Munib Agha, Stefan Barth, Philipp Dees, Friedhelm Elias, Monika Fath-Kelling, Sana Hummady, Katrin Hurle, Florian Janik, Felix Klingert, José Luis Ortega Lleras, Heide Mattischeck, Sandra Radue, Dieter Rosner, Rolf Schowalter, Peter Schmidt, Harry Schreyer, Felizitas Traub-Eichhorn, Sophia Waldmann

Druck:
Onlineprinters GmbH, Fürth

Auflage:
600 Stück

Es geht aber nicht nur um saubere Luft in der Stadt. In Erlangen geht es, wie in vielen anderen Städten in Deutschland und in Europa, auch darum, mehr Grün in die Stadt zu bringen und den Klimawandel vor Ort zu bekämpfen. Es geht darum, mehr Platz für Menschen zu schaffen und Leben und Lebensqualität in die Stadt zu bringen – wovon am Ende, alle profitieren, auch und besonders der Handel in der Stadt.

DER ANLASS

Vor diesem Hintergrund schreiten die Planungen für die StUB voran. Der Zweckverband StUB hat in den zurückliegenden Monaten den Bereich der Arcaden in den Blick genommen, wo die StUB vom Langemarckplatz kommend zum Großparkplatz geführt werden wird. Damit die Planungen der StUB weiter gehen können, muss klar sein, wie die StUB hier in ein paar Jahren unterwegs sein wird. Das Ergebnis intensiver Planungen ist eindeutig: Die Führung der StUB in diesem Bereich ist nicht möglich ohne eine Veränderung des Verkehrs. Viele Busse, noch mehr Autos, der Rad- und Fußverkehr – all das bringt die Straßen schon heute an die Grenze der Leistungsfähigkeit.

Eine große Rolle spielt in der Henkestraße der Durchgangsverkehr. Will man die Innenstadt weiter entlasten, muss man hier ansetzen. Schon vor einigen Jahren hat die Stadtverwaltung außerdem mit einem Gutachten festgestellt, dass der sinnvollste Ort für die Organisation des Busverkehrs künftig weniger stark der Großparkplatz, sondern vielmehr der Bereich rund um die Arcaden ist. Es macht also Sinn, die Zahl der durchfahrenden Autos zu reduzieren – zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs und zugunsten von mehr Platz für uns alle.

Herausgekommen ist ein Gesamtkonzept, in dem ein Rädchen ins andere greift und dass das Potenzial hat, nicht nur den Verkehr in der Innenstadt massiv zu verbessern, sondern auch der Innenstadt selbst neue Impulse zu verleihen.

Die Henkestraße ist bei der Streckenführung der StUB von entscheidender Bedeutung.
Foto: Sandra Radue

EIN ATTRAKTIVES EINGANGSTOR

Drei Varianten hat der Zweckverband für die StUB untersucht: Eine Integration der StUB ins bestehende Verkehrssystem scheidet aus, denn die Kreuzung Güterhallenstraße/Güterbahnhofstraße/Goethestraße ist nicht ausreichend leistungsfähig und kann auch nicht so umgebaut werden. Teilweise bis zu 300 Meter lange Rückstaus wären die Folge, das System an dieser Stelle würde zusammenbrechen.

Somit bleiben zwei Lösungen, eine mit Durchgangsverkehr, der weiter einspurig von Westen in Richtung Osten möglich ist, und eine ohne Durchgangsverkehr. Und ich bin da ganz entschieden: Ohne Durchgangsverkehr ist das viel besser!

Ohne den Durchgangsverkehr entsteht ein verkehrsberuhigter Platz, ein echter Stadtplatz. Das Potential für Aufenthaltsqualität, für Sitzgelegenheiten auch für die Gastronomie am Platz, für Bäume und weiteres Grün, für einen klimagerechten Platz, ist viel höher. Viele Menschen kommen hier künftig mit Bus und Straßenbahn an und sind direkt, sicher und bequem in den Arcaden und der Fußgängerzone. Lärm und Dreck auf dem heute verkehrsumtosten Platz haben ein Ende. Auch in der westlichen Henkestraße werden viel weniger Autos unterwegs sein. Die Lücke zwischen beiden Teilen der Fußgängerzone, die heute durch die Henkestraße voneinander getrennt sind, wird geschlossen. Ganz wichtig dabei: In beiden Varianten – als Einbahnstraße und komplett ohne Autoverkehr – bleibt die Durchfahrt für Einsatzfahrzeuge von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst möglich. Und auch der Lieferverkehr bleibt wie gewohnt.

Aber auch für den Autoverkehr gibt es handfeste Vorteile: Die oben schon erwähnte Kreuzung Güterhallenstraße/Güterbahnhofstraße/Goethestraße wird massiv entlastet. Dort wird es künftig weniger Staus geben. Von Westen kommend entsteht nach der Unterführung eine abknickende Vorfahrtsstraße, die nach rechts direkt in Richtung Arcaden, nach links weiter in Richtung Goethestraße führt.

PLATZ FÜR STUDIS

Diese verhältnismäßig kleine Änderung hat große Auswirkungen im gesamten Umfeld. Der Verkehr auf der westlichen Henkestraße würde signifikant zurückgehen. Das bringt den Menschen dort Luft zum Atmen – und stärkt ganz massiv die Achse der Wissenschaft. Mit dem heutigen Verkehr müssten sich die 10.000 Studierenden, die künftig dort – zwischen Kollegienhaus, dem neuen Audimax an der Henkestraße, der Mensa und dem geisteswissenschaftlichen Zentrum im Himbeerpalast – unterwegs sein werden, über eine viel befahrene Straße wälzen. Das kann aber nicht Ziel der Stadt sein: Wir wollen ein attraktives, urbanes, studentisches Umfeld. Die verkehrsreduzierte Henkestraße ist dabei ein wichtiger Bestandteil.

ENTLASTUNG DER GOETHESTRAßE UND CHANCEN FÜR DIE FUßGÄNGERZONE

Die wichtigste Auswirkung aber liegt in der Umorganisation der Buslinien in der Innenstadt. Von Anfang an tüfteln die Planerinnen und Planer von Zweckverband und Stadtverwaltung gemeinsam am Erlanger Busnetz – an einem Netz, dass mit der StUB eine leistungsfähige Hauptachse hat und durch Buslinien intelligent ergänzt wird. StUB und Bus – das ergänzt sich, und nirgendwo wird man das besser sehen als an den Arcaden.

Unter der Voraussetzung, dass die StUB über die Wöhrmühle den Regnitzgrund quert und der ÖPNV mehr Raum im Bereich der Arcaden bekommt, ergeben sich erhebliche Möglichkeiten für das Erlanger Busnetz. Konkret können die Buslinien dann so gestaltet werden, dass künftig nahezu alle Linien an den Arcaden halten. So wird die Goethestraße, die heute von über 1000 Bussen am Tag (!) durchfahren wird, massiv entlastet. Statt wie bisher 11 verkehren dann nur noch 4 Linien auf dieser Strecke, nämlich die Burgberg-Linien und das Restangebot des Dechsendorfer Damms. Jahrelang haben sich Menschen in der Innenstadt dafür eingesetzt. Mit der StUB und der richtigen Entscheidung an den Arcaden wäre das geschafft.

Und mehr noch: Der Hugenottenplatz verliert als Bushaltestelle an Bedeutung, der westliche Teil – heute reine Busbuchten – kann neu gestaltet werden. Und auch die nördliche Hauptstraße verliert Buslinien: Zwischen Bahnhof und Martin-Luther-Platz verkehren dann nur noch 4 statt 7 Linien. Für jegliche erträumte Verlängerung der Fußgängerzone in Richtung Norden ist das eine ganz wichtige Voraussetzung.

Der Hugenottenplatz wird als Bushaltestelle an Bedeutung verlieren und kann neu gestaltet werden.
Foto: Sandra Radue

EINZELHANDEL: ERREICHBAR UND GESTÄRKT

Die Erlanger Innenstadt ist im Wandel. Neue Quartiere entstehen in der „Regnitzstadt“, mit dem Quartier am Kubic/CEG rund um den ehemaligen Frankenhof und mit der Achse der Wissenschaft. Mit dem Klimaaufbruch will die Stadt so viel wie möglich tun, um ihren Beitrag dazu zu leisten, den Klimawandel zu begrenzen. Und parallel verändert sich der Einzel-handel in der Innenstadt. Auch die Stadt beobachtet mit einiger Sorge die schwieriger werdende Situation und arbeitet mit ihren Möglichkeiten daran, das Umfeld für den Einzelhandel attraktiv zu halten und weiter zu verbessern. Die Innenstadt soll als lebendige, attraktive Innenstadt bewahrt und gestärkt werden, damit die Menschen dort auch künftig gerne wohnen, arbeiten, ihre Freizeit genießen – und einkaufen.

In der Planung der StUB spielen die Belange des Handels und des Handwerks, der Dienstleistungsbetriebe und der Gastronomie daher eine ganz wichtige Rolle. Stadt und Zweckverband haben das Vorhaben frühzeitig und vor allen anderen mit der Industrie- und Handelskammer und mit der Kreishandwerkerschaft besprochen. Sie haben detailliert herausgearbeitet, auf welchen Wegen welche Ziele in der Innenstadt künftig angefahren werden können. Das Ergebnis: Kein Ziel in der Innenstadt wird „abgehängt“, alles bleibt für den Autoverkehr erreichbar, allenfalls mit leicht verlängerter Fahrtzeit. Das gilt insbesondere für die Parkhäuser an den Arcaden und in der Henkestraße. Geschäfte und Betriebe können weiterhin beliefert werden oder von dort in die Stadt ausschwärmen. Die staulastige Kreuzung Güterhallenstraße/Güterbahnhofstraße/Goethestraße wird entlastet. Viele Busse und die Straßenbahn bringen die Menschen schnell, bequem und direkt mitten in die Stadt.

Durch die StUB wird die Goethestraße massiv von Verkehr entlastet werden.
Foto: Sandra Radue

Liebe Genossinnen und Genossen, was muss eine Stadt haben, damit wir uns gerne dort aufhalten, damit wir dort im Freien im Café sitzen, damit wir durch die Straßen schlendern, uns treiben lassen, bummeln und einkaufen? Viele Studien (zuletzt z.B. die „cima.Monitor Deutschlandstudie Innenstadt“) aber vor allem auch viele Beispiele in Deutschland und Europa zeigen: Aufenthaltsqualität, eine klimagerechte Gestaltung der Innenstadt, drumherum der intelligent gesteuerte Verkehr – das sind die großen planerischen Hebel, mit denen eine Stadt gute Bedingungen für eine attraktive Innenstadt schaffen kann. Genau diese Hebel nutzen wir mit diesem Konzept.

Es war die SPD, die vor inzwischen mehr als 40 Jahren die Fußgängerzone in Erlangen eingeführt hat – gegen große Zweifel allerorten. Heute will sie schon lange niemand mehr missen. Heute diskutieren wir wieder über den Verkehr in der Stadt und um eine Veränderung in der Henkestraße, die große Potentiale für die ganze Innenstadt freisetzt. Lasst uns jetzt wieder mutig sein und die nächste Stufe zünden.

Wir sind die Kraft in dieser Stadt, die die Innenstadt ganzheitlich denkt. Die dem Auto Raum nimmt und dem Menschen gibt, ohne über das Ziel hinauszuschießen. Die den Verkehr intelligent und vernetzt gestaltet, dass alle profitieren. Wir sind die Kraft für eine zukunftssichere, attraktive und lebendige Innenstadt. Dafür möchte ich mich einsetzen und dabei brauche ich eure Unterstützung.

Wer möchte, findet hier alle Details zur Planung, auch die detaillierten Nachweise der Erreichbarkeit der Ziele in der Innenstadt und mehr Informationen zum Busnetz mit der StUB:
https://www.stadtumlandbahn.de/mitmachen/lokalforum/lokalforum-arcaden-2023/

Oder einfach den QR-Code scannen:

Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag[1].

Jetzt neu – exklusiv nur bei Ihrer Sparkasse:
Die Sparkassen-Card DMC (Debit Mastercard)
Genießen Sie alle Funktionen der Sparkassen-Card kombiniert mit Online-Bezahlfunktion und weltweiter Bargeldauszahlung.

[1] Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Stand 02/2022

sparkasse-erlangen.de/giro

WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

03.11. Friedrich Drechsler
79 Jahre

03.11. Gerhard Carl
75 Jahre

03.11. Hans Jürgen Schäfer
78 Jahre

04.11. Franz Höfer
73 Jahre

04.11. Herbert Hummich
86 Jahre

04.11. Marianne Vittinghoff
80 Jahre

08.11. Christine Bauer
71 Jahre

08.11. Rosemarie Pfister
90 Jahre

11.11. Anne Reeh
76 Jahre

13.11. Wolfgang Peter
73 Jahre

19.11. Anton Neubauer
84 Jahre

20.11. Klaus Speicher
76 Jahre

23.11. Axel Graemer
73 Jahre

25.11. Dagmar Paliwal
81 Jahre

27.11. Friedrich Schrenk
82 Jahre

28.11. Barbara Thaler
75 Jahre

28.11. Erich-Herbert Mondon
84 Jahre

29.11. Herdith-Grete Coerlin
73 Jahre

REDAKTIONSSCHLUSS

für den nächsten Monats-
spiegel Dezember 2023

19. November 2023

KUNDGEBUNG „SOLIDARITÄT MIT ISRAEL – NEIN ZUM TERROR“

DIE SOLIDARITÄTSKUNDGEBUNG „SOLIDARITÄT MIT ISRAEL – NEIN ZUM TERROR“ FAND AM 10. OKTOBER, DREI TAGE NACH DER TERRORATTACKE AUF ISRAEL STATT. NACHFOLGEND DOKUMENTIEREN WIR DIE DAMALS VON OBERBÜRGERMEISTER DR. FLORIAN JANIK GEHALTENE REDE IM WORTLAUT

Solidaritätskundgebung für Israel mit unserem Oberbürgermeister Florian Janik. Foto: Stadt Erlangen / Zwanzig

„NEIN ZUM TERROR – NEIN ZU ANTIZIONISMUS UND ANTISEMITISMUS

Die gewaltsamen Attacken der Hamas und der Hisbollah sowie die Entführung von Zivilist*innen sind schreckliche Vergehen an Unschuldigen in Israel in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Dieser Terror ist in keiner Weise zu rechtfertigen und muss umgehend beendet werden.
Die Hamas und die Hisbollah sind Terrororganisationen. Ihr Ziel ist es, den Staat Israel auszulöschen. Sie sind Teil eines weltweiten Netzwerks, das sich gegen jüdisches Leben richtet und das Antizionismus und Antisemitismus verbreitet.

In seiner langen Geschichte wurde das Judentum überall auf der Welt grausam verfolgt. Beispiellos war die grausame Auslöschung jüdischen Lebens im nationalsozialistischen Deutschland. Aus diesen Erfahrungen ist der Staat Israel die Versicherung für Jüd*innen weltweit, einen sicheren Ort zum Leben zu haben. Wenn Israel, der einzige jüdische Staat auf der Welt, angegriffen wird, geht es immer ums Ganze. Für die Sicherheit und für die Existenz Israels und gegen jede Form von Antisemitismus und Antizionismus einzutreten, gebietet uns allein schon unsere Geschichte. Deshalb: Nein zum Terror – nein zu Antizionismus und Antisemitismus

SORGE UM DEN FRIEDEN IN NAHOST

Wir trauern mit den Opfern des Terrors und mit ihren Familien. Zugleich bin ich zutiefst besorgt, dass der wiederholte Hamas-Terror zu einem langen Krieg führt, der Gewalt, Leid, Zerstörung und Blutvergießen mit sich bringt. Unter bewaffneten Konflikten leiden zuallererst die Zivilbevölkerungen, insbesondere Familien, Frauen und Kinder auf allen Seiten. Der Nahost-Konflikt hat eine lange und schwierige Geschichte. Und dennoch steht außer Frage: Die Verantwortung für die aktuelle Eskalation und ihre Folgen trägt die Hamas, die schon viel zu viel Leid über die Menschen in Israel und den palästinensischen Gebieten gebracht hat.

Es bedarf eines internationalen Schulterschlusses, um dem Terror umgehend Einhalt zu gebieten, weitere Opfer zu vermeiden und einen Flächenbrand im Nahen Osten zu verhindern.

NEIN ZU HASS UND GESELLSCHAFTLICHER SPALTUNG

Als Gesellschaft müssen und werden wir all denen entgegentreten, die die Entwicklungen in Israel und Gaza als Vorwand für Gewalt und antisemitische Hetze in Deutschland nutzen. Wenn Opfer verhöhnt werden, ist das nicht nur verabscheuungswürdig. Terror zu verherrlichen ist keine Meinungsfreiheit. Auch bei uns geht es um Entschlossenheit für den Schutz aller Jüdinnen und Juden sowie für die unbedingte Freiheit jüdischen Lebens in Deutschland.

Zugleich dürfen wir nicht vergessen: Auch in unserer Stadt leben Menschen mit Wurzeln in Palästina und der Region, die gerade in tiefer Sorge oder Trauer um ihre Angehörigen sind. Wir dürfen nicht den Fehler machen, im Entsetzen über den Terror gegen Israel den Kräften auf den Leim zu gehen, die die Spaltung unserer Gesellschaft wollen und die jetzt alle Menschen arabischer Herkunft, alle Muslime und die Terroristen im Nahen Osten über einen Kamm scheren. Wer Angst vor der Eskalation hat, wer entsetzt ist über den Tod unschuldiger Zivilist*innen oder wer in Sorge ist um seine Angehörigen, der rechtfertigt nicht gleich den Terror und ist auch kein Antisemit. Dort, wo wir es in der Hand haben, müssen wir uns gerade jetzt für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionen einsetzen. Lassen Sie uns deshalb heute auch ein klares Signal setzen: Nein zu gesellschaftlicher Spaltung, Nein zu Hass und Nein zum Terror.“

FEHLER ANALYSIEREN UND GEMEINSAM ANPACKEN: DAMIT WIR WIEDER ERFOLGREICH WERDEN!

VON PHILIPP DEES

Liebe Genossinnen und Genossen,

unser Wahlergebnis vom 8. Oktober bedeutet für die BayernSPD, für uns in Erlangen und natürlich auch für mich persönlich eine herbe Niederlage. Wir müssen uns intensiv mit diesem Ergebnis auseinandersetzen. Denn nur wenn wir das Ergebnis annehmen, die Ursachen ergründen und die richtigen Schlussfolgerungen ziehen, können wir hier in Erlangen wie auch in Bayern wieder Wahlen gewinnen.

In drei Schritten will ich euch meine ersten Einschätzungen dazu mitgeben. Zuvor möchte ich mich aber bedanken: Bei Sophia, die als Bezirkstagskandidatin einen grandiosen Wahlkampf gemacht hat – und das nicht nur vor, sondern auch hinter den Kulissen, mit unzähligen Stunden auch für Organisation und Gestaltung. Bei Sandra und Munib, bei Fynn und Martin, bei Lisa und Volker, die in der Wahlkampfleitung mit all ihrer Kraft dafür gearbeitet haben, diesen Wahlkampf zu führen. Bei Feli, Katrin und Wolfgang, die außerhalb derer, die herausgehobene Funktionen in der Partei wahrnehmen, die beiden waren, die in diesem Wahlkampf am meisten gerannt sind, Plakate geklebt, Plakatständer geschleppt, Flyer verteilt und vieles mehr getan haben. Bei denjenigen, die Sophia und mich im Tür-zu-Tür-Wahlkampf unterstützt haben, die Flyer verteilt oder Plakate geklebt haben etc. – speziell auch nochmal den Jusos.

DIESE NIEDERLAGE IST AUCH ZEICHEN UNSERER ORGANISATORISCHEN SCHWÄCHE

Damit bin ich aber auch beim ersten Punkt, mit dem wir uns befassen müssen: Denn mit den Namen, die gerade genannt wurden, erschöpft sich auch schon weitgehend die Zahl derer, die sich mit voller Kraft in diesen Wahlkampf geworfen haben (auch wenn ich garantiert ein paar vergessen habe – wie das so ist, wenn man Namen aufzählt). Die Partei in ihrer Breite, unsere immer noch fast 500 Mitglieder in Erlangen: Deren Kraft haben wir in diesem Wahlkampf nicht nutzen und in Präsenz in der Stadt umsetzen können.

Eine der vielen Veranstaltungen im Landtagswahlkampf: der Altstadtspaziergang im April 2023. Foto: privat

Das kann man jetzt rückblickend als ein großes Manko für unseren Wahlkampf diskutieren und als Problem benennen. Das ist richtig, aber auch nicht der Punkt – denn der Wahlkampf ist ja nun vorbei. Viel mehr treibt mich um, was das für die Zukunft bedeutet, für die Wahlauseinandersetzungen, die vor uns liegen und unseren Anspruch, die Partei bleiben zu wollen, die Erlangen sozial, ökologisch und erfolgreich gestaltet.

Wenn wir es in diesem Wahlkampf nicht mehr geschafft haben, verblichene und beschädigte Plakate auszutauschen – schlicht, weil niemand zum Plakatieren da war; wenn Sophia selbst als Kandidatin spätabends nach den Terminen noch durch die Gegend fahren und selbst Plakate kleben musste; wenn es nicht mehr gelingt, Verteilungen flächendeckend in unserer Stadt zu organisieren und dann einige wenige sich reinwerfen und kurz vor knapp noch riesige Gebiete flyern; wenn Tür-zu-Tür-Termine und Infostände in den Wochen vor der Wahl nur mit zwei, drei, vier Teilnehmer*innen stattfinden, zeitlich verkürzt werden müssen oder gar ausfallen und wir entsprechend wenig Menschen erreichen können: Dann offenbart all das eine organisatorische Schwäche unserer Partei hier vor Ort, die wir angehen müssen.

Natürlich: Diese Landtagswahl, die nicht anspringende Kampagne, die niedrigen Umfragewerte, die Stimmung im Land: Das alles war keine Motivation, rauszugehen und für die SPD Gesicht zu zeigen – wie es zuletzt im Endspurt der Bundestagswahl war. Aber Wahlkampf, Solidarität in und für unsere Partei, die braucht es eben nicht nur dann, wenn die Stimmung gut und auf unserer Seite ist. Es braucht sie noch mehr, wenn es anders ist.

Denn das einzelne Ergebnis zählt ja nicht nur für die aktuelle Wahl, sondern es setzt auch Stimmungen für künftige Wahlen, für unsere Arbeit in der Partei hier vor Ort und noch viel mehr für die Stadt. Auch unsere Ergebnisse hier vor Ort bei den Kommunalwahlen, dass wir hier den Oberbürgermeister stellen und führend die Politik gestalten: Das

kommt nicht von allein. Alles, was wir uns in der Stadt aufgebaut haben, was wir für die Erlanger*innen gestalten können hängt auch daran, dass wir in der Lage sind, Wahlkämpfe zu führen – mit aller Kraft unserer Partei und unserer Mitglieder. Und wenn es uns nicht gelingt, die Schwächen dieses Wahlkampfes zu beheben, wieder breit miteinander Kampagnen zu machen: Dann wird es eng auch hier vor Ort, sei es beim Entscheid über die Stadt-Umland-Bahn oder bei den Kommunalwahlen 2026.

DER ANTI-AMPEL-KAMPAGNE ETWAS ENTGEGENSETZEN

Mit dem zweiten Punkt wechsele ich auf die übergeordnete Ebene, und zunächst zum Bund. Womit wir uns dort als erstes auseinandersetzen müssen ist, dass wir als Partei die Skrupellosigkeit insbesondere auch von Markus Söder unterschätzt haben, wie er den Wahlkampf mit Lügen und Unwahrheiten über die Ampel bestritten hat. Wer die Reden gehört hat über „Zwangsveganisierung“, über „Genderwahn“, angebliche Autoverbote, darüber, dass Robert Habeck persönlich jedem die Heizung aus dem Haus reißt oder was sonst noch alles erzählt wurde: Da war nichts von dem Markus Söder, der nach eigener Erklärung aus 2018 gelernt hatte, dass solche Lügenkampagnen nur die AfD groß machen. Er hat das ein zweites Mal gemacht, und zum zweiten Mal mit dem gleichen Ergebnis: Zwar ist es es ihm gelungen, die Ampel-Parteien damit schwach zu machen – aber eingezahlt hat das nicht bei der CSU, sondern bei der AfD und den Freien Wählern, die ja auch kein Problem hatten, immer noch einen rechtspopulistischen Keil auf Söders groben Klotz zu setzen.

*Leider kein seltenes Bild in diesem Wahlkampf: Nur wenige Genoss*innen sind am Infostand vertreten – und wenn, dann immer dieselben.*
Foto: privat

Wir müssen uns bis hinauf auf die Bundesebene damit auseinandersetzen, was diese Art der Wahlauseinandersetzung, diese Verhetzungskampagne einer eigentlich demokratischen Union und ihrer Vorsitzenden Söder und Merz (der ja das gleiche betrieben hat und betreibt, es sein nur an seine Zahnarzt-Äußerung erinnert) für uns und unsere Art, Wahlkampf zu führen, bedeutet. Welche Antwort wir finden. Aber auch damit, warum solche Kampagnen überhaupt verfangen können. Warum sehr viele Menschen unzufrieden sind mit der Ampel, mit den politischen Entscheidungen und Entscheidungsprozessen. Warum die Unsicherheit, die Zukunftsangst so hoch ist – denn das bietet erst den Boden für erfolgreiche Verhetzungskampagnen von rechts.

Ich bin überzeugt: Eine Wende gelingt uns dann, wenn wieder klar ist: Die SPD ist die Partei, die für eine sichere Zukunft sorgt – und Sicherheit heißt vor allem: Soziale und ökonomische Stabilität. Da können wir anknüpfen an vieles, was wir in der Ampel schon erreicht haben: höherer Mindestlohn, Bürgergeld, Wohngeldreform, Ausgleich der Inflationsfolgen, Stabilisierung des Rentenniveaus etc. Und auch, dass wir den Zusammenbruch des deutschen Modells „wirtschaftlicher Erfolg durch hohe Exporte, die erst durch niedrige Energiepreise möglich werden“ in der Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine zwar nicht ohne Schaden, aber mit viel weniger Verwerfungen als zu erwarten gemeistert haben: Auch das hat vor allem mit massivem Eingreifen der Politik gegen die Krise zu tun, und das haben vor allem Sozialdemokrat*innen, hat auch ganz persönlich Olaf Scholz geleistet.

Aber: Das reicht offensichtlich nicht. Deshalb müssen wir klarer werden, unsere Erfolge selbstbewusst herausstellen, aber eben auch deutlich machen, wo noch Handlungsbedarf besteht: Mehr Verteilungsgerechtigkeit, mehr Sicherheit für Menschen in den ökonomischen wie durch die Klimakrise getriebenen Veränderungen, soziale Stabilität.

DIE BAYERN-SPD NEU AUFSTELLEN

Und damit bin ich beim dritten Punkt, der bayerischen SPD. Auch dort müssen wir Konsequenzen ziehen. Zuvorderst: 2018 war eben nicht, wie sich viele eingeredet haben, ein Ausrutscher, weil wir die falsche Kandidatin oder die falschen Plakate hatten, und beim nächsten Mal reißt man das mit anderem Kandidaten und anderer Kampagne einfach wieder raus.

2023 zeigt uns: Es gibt eine fundamentale Schwäche der bayerischen SPD, und die können wir nur überwinden, wenn wir die Ursachen finden und dann erfolgreich daran arbeiten, dort viel besser zu werden. Für mich ist der erste zentrale Punkt: Gerade die SPD wird nicht gewählt, weil es ihr gelingt zu erzählen, warum die anderen schlecht sind. Das war aber im Kern unsere Strategie der letzten Jahre: Immer zu sagen, was CSU und Freie Wähler falsch machen. Immer zu rufen: Da ist ein Skandal und dort, und dafür brauchen wir einen Untersuchungsausschuss und dafür auch. Nichts davon hat in irgendeiner Weise Menschen bewegt, uns zu wählen.

Wenn wir Menschen gewinnen, gar für uns begeistern wollen, dann nicht damit, dass die anderen nicht gut sind. Sondern damit, dass wir überzeugend darlegen können, dass wir es besser können. Und das nicht nur abstrakt in hehren Worten wie „Faire Mieten für 7 Millionen Mieter*innen“, sondern auch konkret im politischen Handeln. Die Menschen müssen uns, der bayerischen SPD, abnehmen, dass wir es nicht nur besser wissen, sondern auch erfolgreich regieren können.

Das wird eine Herausforderung mit einer Landtagsfraktion, die nur noch 17 Mitglieder hat. Und es kann daher überhaupt nur gelingen, wenn wir endlich aufhören, aneinander vorbeizuarbeiten. Wenn Landtagsfraktion, Landesvorstand, Landesgruppe, Kommunal- und Europapolitiker*innen nicht jeweils ihr eigenes Ding drehen und aneinander vorbei Themen setzen. Wenn in der Landespartei nicht ein kleiner closed shop von zwei, drei Leuten an der Spitze strategische Entscheidungen trifft und der Landesvorstand sich alle drei, vier Monate mal zum freundlichen Austausch trifft, aber schon umgesetzte Entscheidungen nur zur Kenntnis nehmen kann. Wenn nicht versucht wird, auf Basis knapper Mehrheiten und „divide and conquer“ Posten zu sichern und durchzuregieren, sondern zu integrieren und wieder zusammenzuführen.

Die bayerische SPD muss ihre Kräfte bündeln, miteinander statt gegeneinander agieren, sie muss als Team funktionieren. Und diejenigen, die unsere Partei führen, die müssen dafür sorgen (wollen).

Wir brauchen einen Prozess, in dem wir schnell, aber trotzdem gründlich aufarbeiten, was schief gelaufen ist. In dem wir aber dann auch die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen: Themen und konkrete Projekte identifizieren, mit denen wir unser Wählerpotential erreichen – uns also speziell auch nochmal anschauen, was den Wähler*innen wichtig ist, die uns bei der Kommunalwahl 2020 und der Bundestagswahl 2021 gewählt haben, jetzt aber nicht. Ansprache und Kampagnen entwickeln, um diese Menschen zu errei-

Zum Wahlkampfendspurt waren die Kandidierenden und Mandatsträger auch gemeinsam unterwegs. Foto: privat

Unsere beiden Kandidierenden Sophie Waldmann und Philipp Dees bei Frühlingsspaziergang durch Erlangen.
Foto: privat

chen. Und dies dann auch miteinander im Landesverband umsetzen, als Partei, Fraktion, Landesgruppe mit einer Stimme sprechen und unsere Themen konkret voranbringen.

Das muss schnell gehen und gleichwohl gründlich sein. Schnell, weil die nächsten auch für die bayerische SPD entscheidenden Wahlen – Europawahl 2024, Bundestagswahl 2025, Kommunalwahl 2026 – bald folgen, und schnell auch, weil man Kompetenz und Vertrauen nicht in einer Kampagne aufbaut, sondern in Jahren kontinuierlicher Arbeit – und da sind die fünf Jahre bis zur nächsten Landtagswahl schnell vorbei. Gründlich, weil wir keinen Fehler mehr frei haben: Wenn die bayerische SPD nicht verkümmern soll zu einer sonstigen Partei, sondern wiedererstehen soll als linke Volkspartei: Dann muss uns die Wende jetzt gelingen.

Ich bin überzeugt: Die sozialdemokratische Erzählung ist nicht am Ende. Ganz im Gegenteil: Gerade eine Zeit der Umbrüche, wie wir sie gerade erleben, braucht sozialdemokratische Politik, braucht Solidarität, Gerechtigkeit und Teilhabe für alle. Die SPD kann als linke Volkspartei in Bayern wiedererstehen, und sie kann es im Bund wie hier bei uns in Erlangen bleiben. Dann heißt es aber nicht Wunden lecken und sich in Selbstmitleid ergehen, sondern miteinander an einer erfolgreichen Zukunft arbeiten. Und es heißt speziell hier vor Ort: In unserer Stadt und in unserer Stadtgesellschaft präsent sein, unterwegs sein, Kampagnen machen, sichtbar sein. Und das funktioniert nur, wenn viele in der Partei mitarbeiten und nicht nur einige wenige die Hauptlast tragen.

Lasst uns in diesem Sinne alle miteinander arbeiten, diskutieren und umsetzen. Dann bin ich sicher: Wir werden Wahlsiege feiern können!

BLICK ZURÜCK AUF DEN LANDTAGS-UND BEZIRKSTAGSWAHLKAMPF: WIE WAR'S, SOPHIA?

INTERVIEW VON FELIZITAS TRAUB-EICHHORN MIT SOPHIA WALDMANN

Das Ergebnis für die SPD am 8. Oktober war für uns alle ein harter Schlag. Doch wie müssen sich erst unsere beiden Kandidierenden Philipp Dees und Sophia Waldmann fühlen? Sie waren die beiden Gesichter unserer Kampagne hier vor Ort. Deshalb gilt ihnen unser ganz besonderer Dank. Während Philipp schon ein erfahrener Wahlkämpfer ist und die Wechselbäder der Gefühle am Wahlabend kennt, trat Sophia zum ersten Mal an. Wer sie auf den verschiedensten Veranstaltungen beobachten konnte, erlebte eine souveräne, sympathische junge Frau, die mit ihrer Art überzeugte.

Wie fühlst du dich gerade, nach Wochen im Dauerstress?

„Ich bin erstaunt, wie viel Zeit ich plötzlich wieder für den ‚normalen' Arbeits- und Juso-Alltag habe – das ist schön. Die Freude darüber wird allerdings gedämpft durch die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten. Und dann ist da die rassistische Hetze von Merz, AfD und Co. in einer absurden Abschiebungsdebatte. Dass die SPD sich dem (in Teilen) nicht deutlich entgegenstellt, macht mich wütend."

Hat sich der große Einsatz für dich persönlich gelohnt?

„Das auf jeden Fall! Erstens habe ich viel Wissen über kommunale Sozialpolitik und gleichzeitig Selbstvertrauen dazugewonnen. Zweitens durfte ich mit Jusos und Genoss*innen zusammen wahlkämpfen, die ich nicht nur politisch schätze, sondern auch einfach gerne mag. Hier will ich ein großes Danke zurückgeben."

Unsere Birkstagskandidatin Sophia Waldmann beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf; Foto: privat

Was war dein schönstes Erlebnis im Wahlkampf?

„Sehr schön waren die Gespräche an unseren (Nacht-)Infoständen, bei denen mir Menschen ernsthaft zugehört haben und am Austausch interessiert waren. Das waren auch gar nicht so wenige."

Auf welches Erlebnis hättest du verzichten können?

„...die Infostand-Gespräche, bei denen man nur angegiftet wird und am Ende hat keine*r was davon. Und die ein oder andere ‚Nachtschicht', um irgendein Printmaterial fertig zu bekommen. Aber beides gehört wohl auch dazu."

Was wirst du anders machen, wenn du noch einmal für ein politisches Amt kandidierst?

„Im nächsten Wahlkampf müssen wir die Arbeit unbedingt von vornherein auf mehr Schultern verteilen. Und hoffentlich werden wir mit einer starken SPD noch viel deutlicher kommunizieren, warum es das gute und schöne Leben auch in Bayern nur mit uns gibt!"

Danke für deine persönlichen Antworten, Sophia! Nicht nur ich, sondern viele Genossinnen und Genossen in unserer Erlanger SPD würden sich freuen, wenn du auch weiterhin für politische Ämter bereitstehst. Und als junge Frau kannst du gerade auch Frauen ermuntern, sich in der Politik zu engagieren. Wir werden dich auch weiterhin nach Kräften unterstützen.

OFFENER BRIEF DER ALLIANZ GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Offener Brief an

- Den Ministerpräsidenten
- Die Landtagspräsidenten
- Die Parteivorsitzenden der demokratischen Parteien in Bayern, die im Bundestag und/oder Landtag vertreten sind
- Die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Fraktionen im bayerischen Landtag
- Den Beauftragten für Antisemitismus
- Den Vorsitzenden der Stiftung Bayerische Gedenkstätten
- Den Vorsitzenden des Bündnisses für Toleranz
- Den Vorsitzenden des Rates der Metropolregion Nürnberg

Sehr geehrte...

die Landtagswahlen in Bayern haben für einen massiven Rechtsruck gesorgt. Die rechtsextreme AfD ist die stärkste Oppositionspartei im neuen bayerischen Landtag. Die Rechtsextremen erhalten dadurch mehr Einfluss, flächendeckende Strukturen und eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung.

Als Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg sind wir in großer Sorge um unsere Demokratie und um ein friedliches und solidarisches Miteinander in Bayern. Die Gefahr für unsere freiheitliche Grundordnung kommt von Rechtsaußen. Dies bestätigen neben den Bayerischen Verfassungsschutz und dem Bayerische Innenministerium auch zahlreiche Studien.

Aus unserer Sicht darf es für Politik, Verbände, Medien und Zivilgesellschaft kein „Weiter so“ geben. Wir Demokratinnen und Demokraten sollten nicht dieselben Fehler machen wie vor 100 Jahren. Es geht uns darum, eine gemeinsame Brandmauer gegen rechts zu bauen. Die demokratischen Parteien sind gefordert, deutlich Kante gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus zu zeigen und die Brandmauer geschlossen zu verteidigen. Jeder

Dieter Rosner, Vorstand Allianz gegen Rechtsextremismus

Versuch, die Rechtsextremen populistisch zu überholen, sorgt dafür, dass der äußerste rechte Rand gestärkt wird und die Grenzen des unwidersprochen Sagbaren sich immer weiter nach rechts verschieben. Darüber hinaus sehen wir eine Diskussion über den politischen Stil und den demokratischen Diskurs als dringend geboten. Demokratische Parteien sind keine Gegner, sondern politische Mitbewerber. Wir wollen es aus unserer Sicht deutlich sagen: Rechtsextremisten, Faschisten und Feinde der Demokratie haben in Bayern keinen Platz. Das ist unbestritten Konsens bei allen demokratischen Parteien und eint sie – bei allen sonstigen Unterschieden.

Die Allianz gegen Rechtsextremismus zählt mit über 430 Organisationen und Gebietskörper-schaften als größtes Bündnis gegen Rechtsextremismus in Deutschland. Aus tiefer Besorgnis um unsere Demokratie und die Menschenrechte schlagen wir eine kontinuierliche Task-Force als Beratungsgremium mit dem Arbeitstitel „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ für Bayern vor.

Erste thematische Schwerpunkte dieser Task Force sollten aus unserer Sicht sein: ein Bayerisches Demokratiefördergesetz, die strukturelle Unterstützung der Zivilgesellschaft, eine gemeinsame Kampagne zur Stärkung der Zivilcourage, Demokratiebildung und Medienpäda-gogik, Diskussion über den Politikstil, Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen, die Opferberatung und der friedliche und solidarische Zusammenhalt.

Wir brauchen einen Schulterschluss aller Demokrat*innen. Deshalb erwarten wir von allen demokratischen Parteien in Bayern, dass sie gemeinsam unser Anliegen unterstützen und in der Task-Force mitarbeiten, um die Demokratie zu stärken und den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Ein geschlossenes Auftreten nach außen, ohne Streit und Profilierung, wird der AfD im Landtag und in Stadt und Land zeigen, dass sie nicht für unser Bayern steht. Über wehret den Anfängen sind wir längst darüber hinaus. Deshalb ist die Zusammenarbeit der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft dringend geboten.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung während der aktuellen Konstituierungsphase des Bayerischen Landtages.

Mit demokratischen Grüßen

Stephan Doll
Vorsitzender Allianz

Katharina Fritsch – Vorstand Allianz

Dieter Rosner – Vorstand Allianz

Elisabeth Hann von Weyhern – Vorstand Allianz

Souzan Nicholson – Vorstand Allianz

DIGNITY IN EUROPE

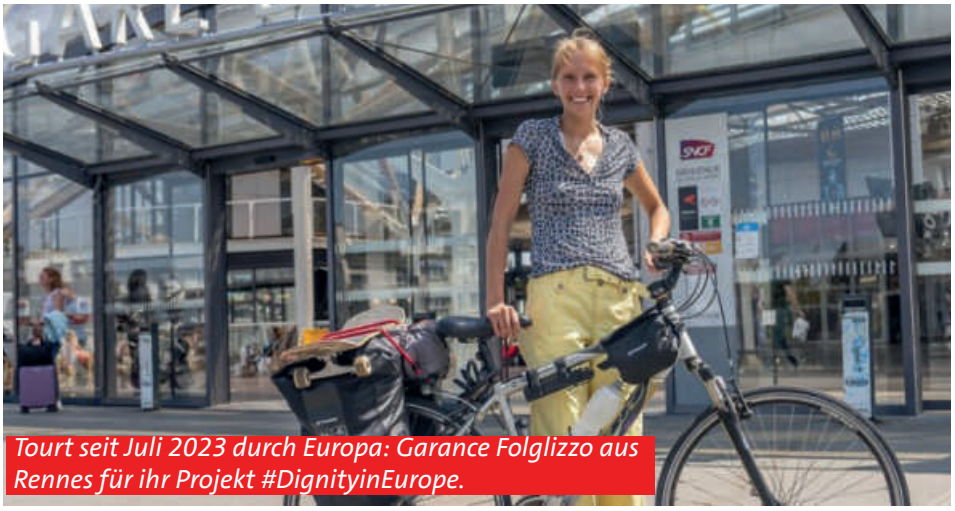
VON SANA HUMMADY

September 2020: Bilder vom überfüllten Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos gehen um die Welt. Innerhalb einer Nacht werden mehrere Tausend Menschen, Geflüchtete, obdachlos. Trotz der Reaktionen und der Realisation wie ausgerechnet Europa während einer Pandemie mit seinen Geflüchteten, die dort Schutz und Asyl suchen, umgeht änderte sich die Lage auf Dauer in dem „Hotspot Lager“ in Moria kaum. Nur ein paar Monate später war die Situation vor Ort nicht groß anders als vor dem Brand. Erst diesen Monat zeigten Aufnahmen aus Lampedusa, Italien ein ähnliches Bild von der Ankunft der Flüchtlinge. Die Reaktion der italienischen Regierung lässt nicht darauf hoffen, das sie eine würdige Behandlung erwarten können. Aber auch in deutschen Flüchtlingsunterkünften herrschen teils Situationen, die nicht eines Menschen würdig sind.

Daraus ist in Rennes, der französischen Partnerstadt Erlangens, ein Projekt hervorgegangen: #DignityinEurope.

Hauptsächlich wird diese europäische Bürgerinitiative von Schüler*innen des Collèges Rosa Park in Rennes getragen, die der Meinung sind, dass die aktuelle Situation in Europa nicht ausreicht, um flüchtenden Menschen eine würdevolle Aufnahme zu gewährleisten. Unterstützt werden sie von weiteren Bürger*innen und Vereinen in sieben europäischen Ländern. Um ihr Anliegen vor die Europäische Kommission zu bringen, ist es notwendig, eine Million Unterschriften von Europäischen Bürger*innen innerhalb eines Jahres zu sammeln.

Sana Hummady von der Erlanger SPD traf sich mit Garance Folglizzo zu einem Interview.



Tourt seit Juli 2023 durch Europa: Garance Folglizzo aus Rennes für ihr Projekt #DignityinEurope.

Um dies zu erreichen und um für die Situation von Geflüchteten mehr Aufmerksamkeit zu generieren, tourt seit Juli diesen Jahres die 23-Jährige Garance Folglizzo, die das Konzept mit erarbeitet hat, mit Rad und Zug durch Europa um mit Personen zu sprechen, die sich für Flüchtlinge in ihrer Stadt einsetzen, selbst geflüchtet sind oder ein entsprechendes Amt inne haben. Ein Stopp ihrer Tour war natürlich auch Erlangen, bei der sie mich um ein Interview bat, um die Situation und Probleme von Geflüchteten in Deutschland und Erlangen zu verstehen.

Über eine Stunde dauerte unser Gespräch. Es ging natürlich nicht nur um Erlangen. Im Vergleich zu anderen Orten in Deutschland ist die Situation hier relativ gut, auch aufgrund der vielen ehrenamtlichen Helfer.

Während der Pandemie war ich als studentische Hilfskraft in einem Gesundheitsamt in Oberbayern und als medizinische Mitarbeiterin in einem Impfzentrum im Nürnberger Land tätig und konnte ihr so auch einen Einblick in andere Orte in Bayern in dieser Ausnahmesituation geben, wo die Situation für Geflüchtete deutlich schwieriger war als bei uns vor Ort.

Bei der Vollversammlung des Ausländer- und Integrationsbeirates stellte Frau Hoeger vom Deutsch-Französischen Institut den aktuellen Status der Unterschriften vor: Aktuell haben erst ca. 9.000 Bürger*innen die Initiative unterschrieben. 910.000 Unterschriften müssten noch bis April 2024 eingehen, damit die Europäische Kommission sich damit befasst.

Deswegen ist jetzt die beste Zeit nicht nur selbst, wenn noch nicht geschehen, zu unterschreiben, sondern auch Freunden, Familie und Bekannten davon zu erzählen und ihnen mitzuteilen, wie wichtig sie für viele Geflüchtete ist.

Unterstützt das Projekt und scannt den QR-Code für mehr Informationen!

ZUR LANDTAGSWAHL 2023 IN ERLANGEN (UND TENNENLOHE): EINIGE BEOBACHTUNGEN

VON ROLF SCHOWALTER

Die Ergebnisse in Erlangen zeigen: es gibt zwei große Parteien: die CSU und die Grünen. Weit abgeschlagen sind die kleineren Parteien, als Anführerin dieser „Zwerge“ könnte die SPD gelten. Die FDP wurde mehr oder weniger eliminiert, die SPD marginalisiert. Zwar ist das Stadtergebnis der SPD etwas besser als der Bayerndurchschnitt, aber auf diese zweieinhalb Prozent mehr können wir als Erlanger SPD nicht stolz sein.

Dem CSU-Kandidaten Joachim Herrmann ist es gelungen, einige Prozentpunkte zuzulegen, während unser eigener Kandidat sogar noch einen Prozentpunkt einbüßte. An mangelndem Bekanntheitsgrad kann es nicht gelegen haben, auch nicht an zu geringer Wahlkampf-Tätigkeit, wenn man die zahlreichen Haustür-Besuche bedenkt. Also war es doch die Großwetterlage, d.h. die Situation der Bayern-SPD und der Bundes-SPD.

Der große Einbruch für die SPD bei den Landtagswahlen hat bereits 2018 stattgefunden. Auch damals war die Situation der Bundes- und der Landes-SPD ähnlich desolat. Wir können uns offensichtlich bei der Landtagswahl davon nicht abkoppeln.

Einige allgemeine Feststellungen: die Wahlbeteiligung war recht hoch: 72,7%. In meinem Wohnort Tennenlohe, wenn man alle Wahlbezirke zusammennimmt: knapp über 81%. Spitzenreiter sind Dummetsweiher (84,6%), Tennenlohe-Ost (83,7%) und Kosbach (83,6%). Es folgen Röthelheimpark-Mitte (83,2%), Heiligenloh-Süd (82,7%), Frauenaurach-Nord (82,4%), Tennenlohe-Nord (82,3%). Am anderen Ende der Skala rangieren die Anger-Bezirke (Mitte: 57,7%. Ost: 55,25, Süd: 53,1%) und Isarstraße (geringste Wahlbeteiligung aller Erlanger Bezirke mit 48,8%). Auch im Westen gibt es Bezirke mit geringer Wahlbeteiligung: Frauenauracher Str. (55,2), Odenwaldallee (55,9); Europakanal-Nord (56%). Alles Bezirke mit sozialer Problematik. Hier ist auch die AfD stark vertreten, wie überhaupt diese Partei in ganz Erlangen bereits die Freien Wähler und die ödp überholt hat und nach der SPD viertstärkste Kraft in Erlangen bei dieser Wahl geworden ist.

Lichtblicke für die SPD sind das Forschungszentrum (17,1%), Meilwald (16,8%), Anger-Mitte (16,8%), Stubenloh-Nord (15,9%), Würzburger- Ring (15,8%), Röthelheim-Nord (15,2%), Stubenloh-Mitte (14,9%), Büchenbacher Anlage 14,8%). Schlusslicht ist Kosbach mit 5,8%!

Ergebnisse in Tennenlohe: Verluste für die SPD gegenüber 2018. Sogar auch bei den Erststimmen zwischen 2 und 5%. Bei den Zweitstimmen zwischen 2 und 4%. Insgesamt nur geringfügig besser als der Stadtdurchschnitt. Die CSU hat nach einem Einbruch 2018 jetzt zugelegt sowohl bei den Erst- wie bei den Zweitstimmen, und das ziemlich deutlich, in einigen Bezirken sogar zweistellig. Bei den Grünen sieht das Ergebnis gemischt aus. Es gibt kleinere Verluste, aber insgesamt einen Zuwachs. Im Bereich Mitte und in einem der beiden Briefwahlbezirke haben die Grünen die CSU überholt, in einem dieser Bezirke sogar die 50%-Marke überschritten.

Der eigentliche Einbruch für die SPD fand wie im gesamten Stadtgebiet so auch in Tennenlohe 2018 statt. Damals bereits gab es Verluste im zweistelligen Bereich, d.h. bis zu 15%. Die Stimmen waren ziemlich eindeutig wie auch im gesamten Stadtgebiet von der SPD zu den Grünen gewandert.

Zu den diesjährigen Tennenloher Ergebnissen muss man wissen: es gab und gibt keinen Grünen-Ortsverein in Tennenlohe, es haben hier auch keinerlei Wahlkampfaktivitäten vonseiten der Grünen wie auch der CSU stattgefunden, es gab keine Verteilaktionen, geringfügige Plakatierung der CSU. Fazit: unsere Bemühungen sind ohne jegliche Resonanz. Eigentlich müsste man sagen: so, das wars dann.

Einziger Lichtblick: bei den Bundestagswahlen 2021 waren die Ergebnisse trotz der desaströsen Landtagswahlen drei Jahre zuvor unvergleichbar besser: in zwei von 4 Tennenloher Bezirken hatte damals Martina gegenüber Stefan Müller die Nase vorn. Insofern könnte man noch Hoffnung haben, wenn sich in Berlin die Situation bessert.

Bei den Bezirkstagswahlen gilt Ähnliches wie bei den Landtagswahlen, die Entwicklung läuft parallel, die Ergebnisse sind geringfügig besser, der noch nicht ausreichende Bekanntheitsgrad von Sophia im Vergleich, zu dem von Gisela, hat sich bei den Erststimmen niedergeschlagen. Das war aber abzusehen.

DINGE MÜSSEN ANDERS WERDEN

WAS IST ZU ANALYSIEREN – DIE SPD ODER DAS WAHLERGEBNIS?

VON HARRY SCHREYER

Die SPD in Bayern hat ein katastrophales Wahlergebnis eingefahren. Keiner will das bestreiten, auch nicht Kevin Kühnert und nicht der SPD-Vorstand in Berlin. Saskia und Lars wussten bereits am 09.10.2023 nachmittags woran es lag: „Wir sind mit unseren Themen nicht durchgedrungen“ (E-Mail vom 09.10.) und: das wiederum lag an dem „aufgeheizten Wahlkampf“. Die Wahlergebnisse erlauben „kein Weiter-So und kein Schönreden“, schließen die beiden Vorsitzenden die E-Mail ab, aber sie haben bereits vorher das Weiter-So festgelegt: Mit dem – vor dem Wahltag – angekündigten Deutschland Pakt muss jetzt ein „Ruck durch unser Land“ gehen. Was aber der Deutschland Pakt ist bleibt unklar, wenn es nicht der Vorschlag des CDU Vorsitzenden Merz werden soll, dass verstärkt gegen Migration vorgegangen werden muss.

Der Kreisverband hat ebenfalls am 09.10.2023 für den Donnerstag, 12.10.2023, zu einer Kreismitgliederversammlung eingeladen, auf der die „Resultate gut zu analysieren“ seien und zu klären wäre „was gut und was schlecht gelaufen“ ist.
Auf der letzten Distriktversammlung (West) hatte ich ein „Schlüsselerlebnis, das mich jetzt ein wenig zweifeln lässt, dass die Sache mit dem „es darf kein Weiter-So geben“ so einfach möglich ist. Ich hatte eine Frage gestellt und ca. fünf Antworten erhalten, die zwar nichts mit meiner Frage zu tun hatten, aber dafür alle Thesen und Argumente wiederholten, die vorher schon von den gleichen Rednern vorgebracht wurden. Am Ende ist es doch jemandem aufgefallen, dass die Antworten nichts mit der gestellten Frage zu tun hatten bis jemand die Angelegenheit elegant zu Ende brachte: Auf die Frage gibt es vielleicht keine Antwort. Es ist nicht einfach, Dinge, die man bis jetzt für richtig gehalten hat, aus einer anderen Perspektive zu betrachten.
Jetzt allerdings treibt mich das Erlebnis und das (Wahl-)Ergebnis um. Ich teile die These der Vorsitzenden, dass es ein „Weiter-So“ nicht geben kann, die SPD ist in Not! Aber ich fürchte sehr, dass wir uns die Welt wieder schön analysieren und herausfinden, dass wir die besten Themen hatten, die eben nicht zum Zuge kamen, weil der Wahlkampf aufgeheizt war. Die Lösung wäre vielleicht: Die SPD – also uns selbst – einer Analyse zu unterziehen.

Wo aber beginnen? Ich muss zugeben, dass ich außer der Verteilung von ein paar Flyern, mich nicht an den Aktionen wie Infoständen, Tür-zu-Tür-Wahlkampf oder Plakatierung beteiligt habe. Die Dankesbekundungen von Sandra Radue im Monatsspiegel Oktober und von Saskia und Lars kann und darf ich mir nicht auf die Fahne heften. Manchmal habe ich schon überlegt, mich für den Infostand über das Webformat einzutragen, das hätte ich sicher noch hingekriegt, aber ich habe mir dann gedacht, was soll ich eigentlich an so einem Infostand sagen?

Dann also mit der Analyse bei mir, einem einzelnen Mitglied dieser Partei, beginnen?

Ich bin 66 Jahre alt und beziehe seit Mitte des Jahres Rente. Also bin ich – wie es die SPD beschlossen hat – pünktlich mit der Regelaltersgrenze aus dem Arbeitsleben ausgeschieden. Die SPD nehme ich als eine Organisation wahr, die TOP DOWN organisiert ist, die Vorsitzenden geben den Ton an, antworten auf Rundmails ist nicht möglich und irgendwie hat sie den Ton einer Kirche oder einer großen Marketingagentur: Das machen wir alles „für Dich“. Google sagt mir auch, ich habe da gute Angebote „für Dich“. Von Nancy Faeser habe ich zuletzt eine E-Mail erhalten, die ich sinngemäß übersetzt habe: Ich möchte Ministerpräsidentin werden, haste mal nen Euro. Anders war es bei Florian von Brunn auch nicht. Wofür, überlege ich, steht diese Partei? Gleichzeitig überlege ich, woher könnte ich Infos bekommen? Die Parteipresse liegt nahe, aber ehrlich, ich habe es satt, den Vorwärts oder Fraktion Intern zu lesen, wenn dort nicht politisch diskutiert und argumentiert, sondern lediglich verkündet wird, dass wir doch tolle Hechte sind und künftig sich alles bessert. Bleibt mir der Monatsspiegel, die Zeitung der Erlanger SPD.

Wenigstens erfahre ich da etwas Parteileben. Welcher Distrikt macht was, manchmal super protokolliert, manchmal eher #mäßig, je nach Alter des Protokollanten – schätze ich mal. Da wird aus dem „Bauch gesprochen“ und Themen bearbeitet, die einem gerade über den Weg oder die Leber gelaufen waren und fragwürdige Thesen zu Demokratie und Freiheit zum Besten gegeben. Wie aber finde ich heraus, was ein Thema ist wofür die SPD steht und was ein Thema ist, das man eben auch mal gesagt haben wollte? Richtige Debatte gibt es leider auch im Monatsspiegel nicht. Vielleicht verkenne ich da auch einiges, weil zwar viel über Kommunalpolitik eingebracht wird, wo ich aber tatsächlich nicht sehr bewandert bin. Wo ich mich etwas auskenne ist Sozialpolitik und da war ich schon dankbar, dass Dieter Rosner mal dargestellte, dass gut ausgestaltete kommunale Sozialpolitik ein Beitrag zur „Rettung“ von Demokratie sein kann. Leider fand die darauffolgende KMV zum Thema nur wenig Resonanz – und das

war ausgerechnet die letzte KMV vor der Bayernwahl. Über diese wurde gar nicht geredet, Dieters Beitrag fand durchaus Beifall, dagegen war die Diskussion über die eingebrachten Anträge zu Abrüstung und Frieden für meine Begriffe befremdlich aggressiv und teilweise arrogant.

Dem Monatsspiegel Oktober entnehme ich, dass die AG 60+ bemängelt, das „Friedensthema“ spiele in der Erlanger SPD „leider eine eher nachrangige Rolle“ (S. 18). Allerdings haben die Vorstellungen der Anträge auch nicht gerade für Begeisterungsstürme gesorgt. Da hat keiner Feuer gefangen, ein Nachfragender musste sich mit einer Antwort abspeisen lassen, dass man da mit Internetadressen dienen könne. Da machte sich mein Schlüsselerlebnis wieder bemerkbar: die immergleichen Argumentationsmuster lassen sich nicht so leicht abstellen. Auch wenn man die „Zeitenwende“ unseres Bundeskanzlers nicht mag, könnte man berücksichtigen, dass bei aller Gefahr, die von Atomwaffen ausgeht, heute eine andere Bedrohungslage vorliegt, als zur Zeit des NATO-Doppelbeschlusses. Darüber gab es keine Debatte in der KMV. Demokratie, auch und gerade Parteidemokratie lebt aber von der Debatte. Wo diese nicht stattfindet, wird auch kein Parteiprofil gebildet.
Meine Verwirrung wird größer, wenn ich mir den Beitrag im Monatsspiegel Oktober zu Hunden, Katzen und anderen Haustieren unter der Überschrift „weniger Rentenzahler und Fachkräftemangel“ (S. 11) anschaue.

Die Logik ist einfach: Haustiere kosten Geld, können Kinderersatz sein, Kinder kosten mehr Geld, zahlen aber irgendwann in die Rentenkasse ein und im Gegensatz zu Tieren werden sie irgendwann arbeiten und den Fachkräftemangel ausgleichen. Die Schlussfolgerung ist überraschend: Der Autor kann sich vorstellen, dass „Familien mit Kindern später eine höhere Rente bekommen als Familien ohne Kinder“.

Zur Klarstellung: Familien erhalten überhaupt keine Rente. Rente – aus der gesetzlichen Rentenversicherung – erhalten Beitragszahler:Innen. Haben Beitragszahler:Innen Zeiten, in denen Sie Kinder erzogen haben, erhalten sie einen Ausgleich in Form von Kindererziehungszeiten, erhalten also schon eine höhere Rente als sie bei alleiniger Berücksichtigung der tatsächlichen Beitragszeiten und Beitragshöhe erhalten würden. Seehofer hat dann dafür gesorgt, dass dies in Form der „Mütterrente“ rückwirkend auch für Zeiten vor 1992 bezahlt wird. Diese Renten werden aus Beiträgen aller Einzahlender finanziert, also auch solcher die Hunde halten ob als Ersatz für Kinder oder nicht.

Ist das jetzt Haltung der SPD oder nur das Haudrauf eines schlecht informierten SPD-Mitglieds? Jedenfalls entnehme ich dem Hamburger Programm von 2007, dass „Freiheit“, wofür die SPD eintritt, bedeuten soll, „selbstbestimmt“ zu leben (Hamburger Programm S. 15). Dazu sollte dann schon gehören, dass man sich entscheiden kann, Kinder zu haben oder nicht, ohne gleich das (Familien) Einkommen im Alter gefährdet zu sehen. Manche haben einfach keine Kinder – es hat sich nicht ergeben. Oder will der Autor frei nach Schiller und der Europahymne tatsächlich aufrufen: „...wer‘s nie gekonnt der stehle / weinend sich aus diesem Rund?“

Zurück zur „großen“ Politik. Entbürokratisierung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sind hier die Schlagworte. Das ist nicht nur ein Steckenpferd des Verkehrsministers, das steht so im Koalitionsvertrag und soll jetzt umgesetzt werden. Es müsse ja auch mal was entschieden werden verkündet Bundeskanzler Scholz. Was da aber über die Wupper oder die Regnitz gehen kann, sind Beteiligungsrechte der Bürger und die Möglichkeit, Dinge aus anderer Perspektive zu betrachten und dafür zu sorgen, dass die Dinge anders werden. Hier meine ich, dass eingefahrene Entscheidungsgewohnheiten verändert werden können. Nein, „der Bürger, die Bürgerin und Bürger:innen“ sind nicht immer klüger als die Verwaltung. Aber nur wenn sie richtig „nerven“ können werden sie auch Einfluss haben. Bürgerräte schwächen die Rechte der Bürger, die gerade nicht ausgewählt wurden. „Deregulierung ist immer wieder nötig, wo veraltete Regeln zu Fesseln werden. Deregulierung als Prinzip allerdings widerspricht dem Zweck eines jeden Staates“ (Hamburger Programm S. 32). Mir scheint, dass die SPD wohl auch unter dem Druck von Söder, Merz, Habeck und Lindner Entbürokratisierung zum Prinzip erhebt. Jeder der treibenden Kräfte verfolgt irgendwie ein anderes Ziel. Die einen wollen Menschen schneller abschieben, andere Verkehrsprojekte und Energieausbau voranbringen. Entbürokratisierung scheint ein Mittel für alles Mögliche zu sein, oder ein Mittel, um alles möglich zu machen. Wenn aber alles möglich wird, wird nichts unmöglich – und keiner weiß mehr wofür etwas möglich gemacht werden soll und wofür eine Organisation steht.

Mehr Licht in der Organisation wäre erhellend – oder erklär’s mir einer oder eine einfach: in drei Sätzen!

ARGUMENTE FÜR DIE STADT-UMLAND-BAHN STUB

VON STEFAN BARTH

In Graz wird zurzeit eine ähnliche Debatte um die Erweiterung des Straßenbahnnetzes geführt, wie in Erlangen um die StUB. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat errechnet, dass bereits bei 4000 Fahrgästen pro Tag und Richtung eine Straßenbahnlinie wirtschaftlicher ist. Dieses Kriterium erfüllen in Graz zumindest die Buslinien 31, 32, 33, 34/34E, 40, 63 und 67/67E. Für die meisten dieser Linien gibt es bereits Straßenbahnprojekte (Südwestlinie, Nordwestlinie...). Ein Grund mehr, diese endlich umzusetzen.

Die Politiker wollen die Menschen zum freiwilligen Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel bewegen. Dazu bedarf es aber eines attraktiven und leistungsfähigen Schienen-Systems, das durch Busse sinnvoll ergänzt werden kann. Graz hat seit fast 140 Jahren eine Straßenbahn, und die Politik sollte nicht immer versuchen, diese schlecht zu reden und nach vermeintlich besseren Lösungen zu suchen.

Abschließend sei noch klargestellt: Man lehnt E-Busse nicht ab; sie sind eine gute Alternative zu Dieselbussen. Aber sie sind keine Alternative zur Straßenbahn. Der Ausbau des Grazer Tramnetzes ist ohne Alternative und muss so schnell wie möglich, konsequent und kontinuierlich in Angriff genommen werden!

Visualisierung: Claus Hirche / ZV StUB

Die moderne StUB fährt grundsätzlich vom Individualverkehr unabhängig auf eigenen Gleistrassen oder durch verkehrsberuhigte Straßen. Die Gleiskörper sind oft als Rasengleise ausgeführt, die nicht nur schön aussehen, sondern auch als natürlicher Lärmschutz fungieren. Natürlich sind zur Umsetzung dieser Trassen Eingriffe in den Straßenverkehr notwendig; der Platz für die StUB wird meist dem Autoverkehr „weggenommen" – mit durchwegs positiven Auswirkungen auf die Verkehrssituation. Die Attraktivität der StUB bewegt die Menschen zum Umsteigen und die Straßen werden so ganz automatisch entlastet. Abgesehen von umweltfreundlicherem Antrieb haben E-Busse keine Vorteile gegenüber herkömmlichen Bussen und ersetzen keine StUB.

Die Leistungsfähigkeit ist das zentrale Kriterium bei der Wahl eines geeigneten öffentlichen Verkehrsmittels. Natürlich sollten die Kosten nicht außer Acht gelassen werden, aber wenn die Fahrgastzahlen die Leistungsfähigkeit einer StUB benötigen, ist es sinnlos, auf Busse zu setzen, um Kosten einzusparen. Erstens wären die Buslinien schnell überlastet, zweitens würde sich diese Überlastung negativ auf Attraktivität und Betriebskosten auswirken, drittens ist die Akzeptanz der Busse viel geringer als die der StUB.

Keine Stadt der Welt würde Geld in Straßenbahnen, Stadtbahnen oder U-Bahnen investieren, wenn sich die Fahrgäste auch mit Bussen effizient befördern ließen. Tatsächlich hat aber eine StUB durchaus die doppelte bis dreifache Kapazität einer Buslinie. Grund hierfür ist die Fahrzeuglänge.

Es spielt also keine Rolle, womit ein Bus angetrieben wird oder ob dieser autonom fährt. Die Leistungsfähigkeit ist begrenzt. Sobald eine Buslinie ausgelastet ist, ist die Umstellung auf StUB ein logischer und notwendiger Schritt. Natürlich spielen auch Abgase, Reifenabrieb und Staubaufwirbelung bei Bussen für die Gesundheit der Menschen eine Rolle.

Ist die StUB nicht zu teuer und zu unflexibel?

Visualisierung: Claus Hirche / ZV StUB

Eine Gleistrasse zu errichten ist teurer als eine Buslinie auf bestehenden Straßen fahren zu lassen. Allerdings verursachen Busse auch eine höhere Abnutzung der Straßen, sodass häufigere oder aufwändigere Sanierungen notwendig sind. Auch kann die höhere Leistungsfähigkeit der StUB diesen vermeintlichen Kosten-Nachteil sofort wettmachen. Bei hohen Fahrgastzahlen ist eine StUB nämlich im Betrieb wirtschaftlicher als eine (überlastete) Buslinie. Die höheren Baukosten werden sich also im laufenden Betrieb amortisieren
Eine StUB kann klarerweise nur dort fahren, wo Gleise liegen, so wie ein Bus nur dort fahren kann, wo eine ausreichend breite Straße vorhanden ist. Die Flexibilität der StUB hängt also vom Zustand des Netzes ab.

Visualisierung: Claus Hirche / ZV StUB

Schienenfahrzeuge haben bei den Fahrgästen eine höhere Akzeptanz als Busse. Das konnte in Untersuchungen sehr oft bestätigt werden. Als Gründe hierfür gelten etwa der höhere Fahrkomfort und die größere Laufruhe, aber auch die Tatsache, dass Schienenfahrzeuge als höherrangige Verkehrsmittel angesehen werden. In Mainz und München wurden vor kurzem Buslinien auf Straßenbahnen umgestellt – die Fahrgastzahlen stiegen um bis zu 50 Prozent!

Die Leistungsfähigkeit ist das zentrale Kriterium bei der Wahl eines geeigneten öffentlichen Verkehrsmittels. Natürlich sollten die Kosten nicht außer Acht gelassen werden, aber wenn die Fahrgastzahlen die Leistungsfähigkeit einer StUB benötigen, ist es sinnlos, auf Busse zu setzen, um Kosten einzusparen. Erstens wären die Buslinien schnell überlastet, zweitens würde sich diese Überlastung negativ auf die Attraktivität und Betriebskosten auswirken.

Keine Stadt der Welt würde Geld in StUB, Stadtbahnen oder U-Bahnen investieren, wenn sich die Fahrgäste auch mit Bussen effizient befördern ließen. Tatsächlich hat aber eine StUB durchaus die doppelte bis dreifache Kapazität einer Buslinie. Grund hierfür ist die Fahrzeuglänge. Es spielt also keine Rolle, womit ein Bus angetrieben wird oder ob dieser autonom fährt. Natürlich möchte man in der Stadt, wo auch Menschen wohnen, den Autoverkehr reduzieren, also ein weiterer Grund für die StUB.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

ANTRAG: EINFÜHRUNG ZUR VERPACKUNGSSTEUER IN ERLANGEN

VON FRIEDHELM ELIAS,
FELIZITAS TRAUB-EICHHORN,
PETER SCHMIDT

Zum 01.01.2023 sind allen Letztvertreibenden, die Essen und Getränke zum Mitnehmen verkaufen, verpflichtet, ihre Produkte auch in Mehrwegverpackungen anzubieten. Hiervon sind u.a. Restaurants, Bistros und Cafés erfasst, aber auch Kantinen, Tankstellen, Supermärkte oder Cateringbetriebe. Von der Pflicht ausgenommen sind lediglich kleinere Geschäfte wie Imbisse und Kioske, in denen insgesamt fünf Beschäftigte oder weniger arbeiten und die gleichzeitig eine Ladenfläche von nicht mehr als 80 Quadratmetern haben. Statt der oben dargestellten Mehrwegangebotspflicht haben diese Betriebe die Option, ihren Kundinnen und Kunden zu ermöglichen, mitgebrachte Mehrwegbehältnisse befüllen zu lassen.

Nach einer aktuellen Studie des Umweltbundesamtes betragen die kommunalen Kosten der Sammlung und Reinigung öffentlicher Straßen und Parks von Einwegplastik jährlich bis zu 434 Mio. Euro. Auch Erlangen muss weiter mit übervollen Mülleimer kämpfen. Durch die Förderung von Mehrwegverpackungen, die Ausweitung des Pfandsystems sowie durch verstärkte Informationspflichten der Systeme werden wichtige Anreize insbesondere für die Endverbraucherinnen und -verbraucher gesetzt. Neben den verpflichtenden Mehrwegalternativen ist es im Gastro-Bereich auch sinnvoll, dass zukünftig Kunden in kleineren Betrieben auf Wunsch ihre Speisen und Getränke auch in mitgebrachte Behältnisse abfüllen lassen können.

Ob die Verpflichtung vom 01.01.2023 in Erlangen umgesetzt wird, wurde, koordiniert von der Abfallberatung im Umweltamt zusammen mit weiteren Personen gemacht. Dabei wurden hauptsächlich in den letzten Wochen Stichproben in Cafés, Bäckereien und Betrieben die To go anbieten durchgeführt. Folgendes konnte ich bzw. wir feststellen:

1. Die Cafés, Bäckereinen und andere Läden, die das Pfandsystem (Recup und Rebowl) bisher schon anbieten, erfüllen diese Verpflichtung. Nachbesserungen könnte es beim Hinweis auf das Pfandsystem geben.
2. In einzelnen Geschäften werden Pfandbecher angeboten, die nur in diesen Geschäften oder Filialen abgegeben werden können. Zusätzlich kommt es auch dazu, dass nur über eine App Pfandbecher verlangt werden können
3. Einige Bäckereiketten bieten für 2.00€ Pfandbecher und zwischen 5.00€ und 8,90€ Mehrwegbecher an, die sie auch nur in der jeweiligen Bäckerei abgeben können.
4. Da das Pfand auf die Pfandbecher wie auch der Mehrwegbecher sehr teuer sind, werden minimalst (z.B. ein Mehrwegbecher in einer Woche) diese verlangt. So wird automatisch bei Bestellung eines Getränks ohne Umschweife zu Einwegbechern gegriffen.
5. Saftangebote werden bis auf eine Ausnahme weiter nur in Plastikbechern angeboten, Bei Nachfrage bekomme ich die Antwort, dass sie auf die Ausnahmesituation hinweisen, Zu wenig Angestellte oder die 80qm unterschritten werden. Sie vergessen aber, dass die meisten Anbieter anderen Filialen z.B.in Erlangen oder Nürnberg haben oder die Außenbestuhlung ebenfalls zählt.
6. Das größte Manko ist es, dass Verkäuferinnen oder Verkäufer kein Interesse haben auf die Möglichkeit auch Getränke oder Essen in Pfandbechern oder Pfandschalen zu verlangen.
7. Besonders bei den großen Fastfoodrestaurants wird weiter Abfall produziert. Bei einer Überprüfung von mir, saßen ca. 25 Gäste, die im Restaurant gegessen haben. Getrunken wurde aus Einwegbechern!!!
8. Positiv muss ich einige Biogeschäfte erwähnen, die nur Pfandbecher und keine Einwegbecher, anbieten.

Generell kann gesagt werden, dass die Verordnung vom 01.01.2023 notwendig war aber nicht den durchschlagenden Erfolg zeigt, da Besitzer oder Betreiber Auswege suchen diese Verordnung nicht 100% umzusetzen, Vielmehr werden weiter hauptsächlich Einwegbecher angeboten, die weiterhin zu viel Abfall produzieren. Allein Anreize schaffen anstatt Verbote auszusprechen klappt nicht. Anreiz langt nicht, solange die Einwegkultur bequemer ist. Viele Geschäfte befürchten, dass sie bei einer Umstellung oder Erweiterung auf Mehrweg-, bzw. Pfandangeboten mit höheren Kosten rechnen müssten und es auch mit Mehrarbeit verbunden ist. Die Kundinnen und Kunden kaufen nach dem Motto: Bestellen, trinken, wegwerfen, und sind die Mülleimer voll, dann auf die Straße oder in die Büsche. Einzig über den Geldbeutel kann man diesem Verhalten entgegentreten! Man muss sich nur trauen!

Deshalb wäre es konsequent nach dem positiven Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Tübinger Verpackungssteuer eine solche auch in Erlangen einzuführen.

Die KMV fordert die Fraktion über den bisher vorliegenden Antrag hinaus auf, die Verwaltung zu beauftragen, die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer konkret auf den Weg zu bringen. Im besten Falle wäre das im Verbund mit den anderen Städten der Metropolregion synchronisiert zu realisieren.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH ZUM 90. GEBURTSTAG LIEBE ROSI!

VON HEIDE MATTISCHECK

Am 8. November kann Rosi Pfister ihren 90.Geburtstag feiern. Rosi wurde 1933 in Gleiwitz (heute Gliwice) in Oberschlesien geboren. Ihre Kindheit verlebte sie in Glogau (heute Glogow), Niederschlesien. Ihr Vater fiel im 2. Weltkrieg. Nach Ende des Krieges flüchtete die Familie und fand in Bamberg eine neue Heimat. Rosi besuchte dort das Gymnasium, machte ihr Abitur und studierte in Erlangen, später in München, für das Lehramt in Englisch, Französisch und Religion.

Im Alter von zwanzig Jahren lernte Rosi auf einer Familienfeier in München einen entfernten Cousin, ihren späteren Ehemann Helmut Pfister, kennen. Sie haben 1960 geheiratet und lebten zunächst in Offenbach, wo Rosi in ihren Beruf als Realschullehrerin einstieg. 1962 wurde ihre Tochter Barbara geboren. 1966 erfolgte der Umzug nach Erlangen, wo ihr Ehemann als Physiker an die FAU wechselte. Rosi war zunächst in Erlangen nicht berufstätig. 1967 wurde Sohn Roland geboren. In jenen Jahren gab es (nicht nur in Erlangen) zu wenig Kindergärten, geschweige denn Kinderkrippen, Horte oder gar Ganztagsschulen. So teilte Rosi das Schicksal sehr vieler Mütter – bis in die 70er Jahre war sie Hausfrau und Mutter.

Als die Kinder „aus dem Gröbsten heraus waren“, begann Rosi ihre Tätigkeit als Deutsch-Dozentin an der VHS. Diese Arbeit liebte sie über alles, lernte sie doch durch diese Arbeit Menschen kennen, die von weither zu uns kamen und hier eine neue Heimat suchten. Ihnen war Rosi nicht nur mit deutschen Sprachkenntnissen eine Hilfe.

In dieser Zeit wurde Rosi auch politisch aktiv. 1972 trat sie in die SPD ein. Diejenigen unter uns, die ebenfalls in jenen Jahren zur SPD fanden, erinnern uns gerne an die Aufbruchstimmung, die damals in der Bundesrepublik herrschte. Willy Brandt mit seiner neuen Ostpolitik, mit seiner Forderung, mehr Demokratie zu wagen, mit seiner Vision nach einem „blauen Himmel über der Ruhr“, steckte uns alle an. So auch Rosi Pfister.

Rosi engagierte sich vor allem für die neue Friedenspolitik und für Aussöhnung mit den Nachbarn in Ost und West. Auch die Bildungspolitik stand oben auf ihrer Agenda. Ganz besonders lagen ihr die Länder der sog. Dritten Welt am Herzen. Als bekennende Katholikin bewunderte sie die mutigen Menschen in Mittelamerika, die für ihre Unabhängigkeit kämpften, die in der Theologie der Befreiung Hoffnung schöpften für eine bessere Zukunft, für die Überwindung von Armut und Unfreiheit.

Rosi war in der Erlanger SPD stets präsent, hat sich zu Wort gemeldet, hat in Arbeitskreisen intensiv mitdiskutiert. Besonders dann, wenn es um die Vision einer friedlichen Zukunft ging. Schließlich hat sie selbst mit ihrer Familie die Folgen von Krieg, Zerstörung und Verlust der Heimat erlebt. Rosi war immer engagiert und hat sich auch an der Gremienarbeit beteiligt – im Distrikt, im Kreisvorstand und im Unterbezirk.

Als 1981 auch in Erlangen StudentInnen und andere engagierte Menschen den Dritte Weltladen ins Leben riefen, war Rosi ziemlich von Anfang an mit dabei. Die konkrete Arbeit im Weltladen hat ihr viel bedeutet. Hier konnte sie ihre Vorstellung von Solidarität ganz konkret zeigen und praktizieren. Über Jahrzehnte war sie im Laden aktiv. Die solidarische Zusammenarbeit mit anderen ehrenamtlich Tätigen und der Kontakt mit den KundInnen – das hat Rosi geliebt und gelebt, bis sie die Arbeit aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr tun konnte. Der Abschied davon ist ihr sehr schwergefallen.

Liebe Rosi, Du kannst an Deinem 90. Geburtstag auf ein erfülltes, reiches, spannendes Leben zurückschauen. Deine Erlanger SPD wünscht Dir, dass Du Deinen Geburtstag bei guter Gesundheit mit Deinen Kindern und Enkeln fröhlich feiern kannst.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH ZUM 50. GEBURTSTAG LIEBE TANJA!

VON FLORIAN JANIK

Liebe Tanja,
herzlichen Glückwunsch zum 50. Geburtstag!

Wenn es mehr Menschen wie Dich gäbe, wäre das Leben für alle ein bisschen besser und leichter. Das Engagement, das Du in und für Dechsendorf und für unsere SPD einbringst, ist wirklich enorm.

Du bist in der SPD aktiv und Vorsitzende des Distrikts Dechsendorf. In dem Zusammenhang hast Du Dich auch bereit erklärt, bei der Kommunalwahl 2020 für den Stadtrat zu kandidieren. Gerne erinnere ich mich an die gemeinsamen Aktionen vor allem in deiner Nachbarschaft.
Du bist im Vorstand des Sportvereins als Schriftführerin und als Vergnügungswärtin – die jüngste Jubiläumsveranstaltung ist nur eine der denkwürdigen Veranstaltungen, die Du auf die Beine gestellt hast. So einen Posten kann sicher auch nicht jede/r bekommen. Aber Du

hattest Dir ja schon einen Namen als Organisationstalent gemacht, da Du als Elternbeiratsvorsitzende des Kindergartens den Dechsendorfer Faschingszug in die Wege geleitet hast.

Sicher gibt es noch mehr Aktivitäten, die ich gar nicht alle kenne. Dieses Engagement hat dazu geführt, dass Du der SPD-Stadtratsfraktion als ideale Besetzung für den Ortsbeirat aufgefallen bist. Aber damit nicht genug, auf Anhieb bist Du auch Vorsitzende des Ortsbeirats Dechsendorf geworden.

Ein toller Erfolg für Dich und die SPD, aber auch ein Glücksfall für das Gremium. Denn Du erfüllst, was wir als Stadtverwaltung von den Ortsbeiräten erwarten. Du bist mit offenen Augen und Ohren in Dechsendorf unterwegs. Du bist ansprechbar für Probleme der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Du erkennst Missstände und Verbesserungspotential. Du stehst aber auch an der Seite der Stadt, wenn es nötig ist.

Ich wünsche Dir die Kraft für viele weitere Jahre Engagement in Dechsendorf und auch darüber hinaus in unserer SPD. Deshalb bleib so wie Du bist: Optimistisch, sportlich, motiviert!

Ich freue mich auf die politischen Termine in Dechsendorf und auf die weiterhin gute Zusammenarbeit mit Dir!

KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich zur nächsten

Kreismitgliederversammlung
am 23. November 2023, um 20 Uhr,
in der Gaststätte „Zur blauen Traube“
im Turnerbund, Spardorferstraße 79,
91054 Erlangen, ein.

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Begrüßung der Neumitglieder
2. Aktuelles
3. Bericht aus dem Bundestag von unserer Abgeordneten Martina Stamm-Fibich mit anschließender Aussprache und Diskussion
4. Anträge
5. Berichte aus Fraktion, Distrikten, AGs sowie Stadtteil- und Ortsbeiräten
6. Sonstiges

Wir freuen uns auf Eure Teilnahme.

Munib Agha Sandra Radue

ALLES GUTE MARIANNE VITTINGHOFF: 80 JAHRE JUNG, AKTIV UND HUMORVOLL!

VON JOSÉ LUIS ORTEGA LLERAS

Am 4. November feiert Marianne Vittinghoff ihren 80. Geburtstag. Sie ist seit 1963 in der Bundesrepublik und, nach anderen Zwischenstationen, seit 1977 aktiv für Integration und Völkerverständigung in unserer Stadt.

Als alleinerziehende Mutter von vier Kindern hat sie Zeit und Energie gefunden, um sich sowohl beruflich als auch ehrenamtlich erfolgreich zu engagiert.

Am Anfang arbeitete sie an der Uni Würzburg als Lektorin für Schwedisch und ältere Germanistik, später mit Lehraufträgen an der FAU-Erlangen für Schwedisch und Deutsch als Fremdsprache, vor allem aber als Übersetzerin von über 100 Kinderbüchern aus dem Schwedischen ins Deutsche. Ihre Übersetzungen wurden beim Pestalozzi-Verlag in Erlangen und dem Boje-Verlag in München veröffentlicht.

In das politische Leben ist Marianne schon durch die 68er eingestiegen. In Würzburg angekommen erwarb sie sich nach kurzer Zeit den Ruf als „Wilde Linke". Obwohl sie als Schwedin nicht wählen könnte, kam sie zur SPD wegen der legendären Willy-Wahl im Jahr 1972.

Kaum angekommen in Erlangen, wurde sie von Dietmar Hahlweg als Dolmetscherin für einen Eskilstuna-Besuch engagiert. Ihre Mitwirkung hat die ganzen Jahre überdauert und heute ist sie immer noch im Freundeskreis Eskilstuna als einer der tragenden Akteur*innen. Und das nicht nur als Dolmetscherin und Übersetzerin, sondern auch mit ihrer Kochkunst, die Schweden in Erlangen bekannt und geliebt gemacht hat, sowie mit unzähligen Veranstaltungen, gespickt mit freudigen Liedern und lustigen Trinksprüchen.

Im Jahr 1999 fing sie an, in der Flüchtlingsbetreuung mitzuwirken.

Die dort gesammelten Erfahrungen haben ihr politisches Agieren geprägt. 2001 war sie Gründungsmitglied der Ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung in Erlangen EFIE e.V. Die ursprünglich kleine Initiative ist mit der Zeit zu einer der wichtigsten Tragesäulen der Flüchtlingsarbeit in unserer Stadt gewachsen. Heute wären die kommunalen Aufgaben in der Betreuung der Flüchtlinge ohne EFIE unerfüllbar.

2002 hat Marianne entschieden, für den AusländerInnenbeirat der Stadt Erlangen in der Gruppe „Europa" zu kandidieren. Sie wurde in das Gremium gewählt und wurde dann auch gleich die erste Frau an der Spitze des im Jahr 1974 gegründeten Gremiums. Von 2008 bis 2014 war sie stellvertretende Vorsitzende. In ihrer Amtszeit wurde der Beirat modernisiert, öffnete sich für die Spätaussiedler und die Eingebürgerten und änderte seinen Namen in den heutigen Ausländer- und Integrationsbeirat (AIB).

Als Vertreterin des AIB nahm sie am Friedensweg der Religionen in Erlangen teil und wurde Mitglied des Kultur- und Freizeitausschusses des Erlanger Stadtrates. Ebenfalls war sie delegiert zum Ratschlag für Soziale Gerechtigkeit. Sie war Sprecherin der Arbeitsgruppe „Kultur und Religion" im AIB, koordinierte mit den Kulturvereine und Initiativen in der Ausländerarbeit das Fest der Kulturen in Erlangen, sowie die Interreligiöse Feier im Rahmen des Interkulturellen Monats, und war Delegierte in der Christlich – islamische Arbeitsgemeinschaft der Stadt. Von 2008 bis heute wirkt sie im Stadtverband der Erlanger Kulturvereine, auch dort über mehrere Jahre im Vorstand.

Ihre lokale Heimat war und ist der Stadtteil Anger. Sowohl im Bürgertreff „Isarstraße", heute „ISAR 12", als auch in „Die Villa" ist tief verwurzelt. Ob mit Sprachkursen für Flüchtlinge, der Handarbeitsgruppe die „Fleißigen Bienen" oder bei Vorträgen und Kochabenden zu Schweden, überall ist sie als ehrenamtliche Unterstützerin sehr geschätzt. Nebenbei unterstützt sie die Arbeit der Bürgertreffs als Multiplikatorin und in der Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil. Viele nehmen heute immer noch an den von ihr gemeinsam mit Gisela Türk-Pereira 2013 konzipierten Stadtteilspaziergang „Schmelztiegel Anger – Integration erlangen" durch das Viertel teil. Darüber hinaus leitet sie bis heute ihr „Literaturcafé" und wirkt auch im 2015 ins Leben gerufenen „Cafe Asyl" mit. Und natürlich ist sie seit 2005 Mitglied im Arbeitskreis Anger.

Ihre aktive Präsenz in unsere Stadt wurde im Jahr 2016 mit der Verleihung des Ehrenbriefes der Stadt Erlangen für besondere soziale Verdienste gewürdigt.

Liebe Marianne, im Namen der Stadtratsfraktion gratuliere ich Dir herzlich zu deinem 80. Geburtstag verbunden mit dem Dank für deinen großartigen Einsatz für unsere Stadt und unsere SPD!

Freundschaft!

DISTRIKT TENNENLOHE

Vorsitzender
Rolf Schowalter
RolfSchowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktversammlung vom 11.10.2023 im Distrikt Tennenlohe

Top 1: Aktuelles
Der Vorsitzende findet, dass die Diskussionen im Distrikt manchmal zu heftig und wild werden. Er bittet deshalb allgemeine Regeln zur Gesprächskultur zu befolgen: Redeliste beachten, Ausreden lassen, vorzugsweise die eigene Meinung äußern, anstatt göttliche Wahrheiten verkünden usw.

Top 2: Analyse der Wahlergebnisse der SPD in Tennenlohe
Wir diskutieren die Landtags- und Bezirkstags-Wahlergebnisse in Tennenlohe. Die SPD hat hier mit 1% – 2% bessere Ergebnisse erreicht als im Durchschnitt der Stadt, trotzdem kann uns das Wahlergebnisse nicht gefallen. Auch bei den Briefwählern hat die SPD ähnlich abgeschnitten. Wir finden das Ergebnis der SPD für Erlangen nicht nachvollziehbar. Die Partei macht in der Stadt eine gute Politik. So müssen wir den Blick auf München und Berlin werfen. War der Spitzenkandidat in Bayern zu farblos und wird die Politik der Ampel zu schlecht verkauft? Die Analyse von Ergebnissen aus der Briefwahl zeigt, dass die SPD dort nicht unbedingt besser abgeschnitten hat, dass aber die Grünen in mehreren Briefwahllokalen deutlich vor der CSU lagen, im Briefwahlbereich 6 (Tennenlohe Nord+Mitte) sogar mit über 50% der Stimmen. Interessant war auch, dass erstmalig das Stimmlokal Tennenlohe Ost mit 83,7% die höchste Wahlbeteiligung in Tennenlohe aufwies. Bedenklich fanden wir, dass in den letzten Jahren in Bayern wohl auch eine gewisse Wählerwanderung von der SPD zur AFD stattgefunden hat. Wähler, die in der SPD keine Heimat mehr finden und den Versprechungen der Ultrarechten nach sozialer Sicherheit erliegen.

Top 3: Migration
Das Thema Migration wurde in den letzten Wochen vor der Wahl von den rechten Parteien massiv hochgekocht. AFD, FW und die Union versuchten damit auf Stimmenfang zu gehen. Forderungen nach Schließung der Grenzen, Einsperren und Rückführung der Flüchtlinge wurden erhoben und von den konservativen Wählern häufig beklatscht. Das Thema war wohl sowohl in Bayern als auch in Hessen wahlentscheidend. Der Distrikt Tennenlohe diskutiert über das Thema. Unser Konsens ist, dass das Asylrecht als Grundrecht erhalten bleiben muss und dass die Sperrung von Grenzen keine Lösung ist. Ein Problem ist, dass die meisten, die nach Europa wollen, dies nicht aus Gründen der persönlichen Verfolgung oder Diskriminierung im Hematland tun, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Sie können sich weder auf das Asylrecht noch auf die Genfer Konvention berufen. Andererseits brauchen wir Arbeitskräfte. Damit gilt es sich auseinanderzusetzen. Die These von der Überlastung der Kommuunen durch die hohe Zahl der Geflüchteten wird von einigen Genossen in Frage gestellt bzw als bedeutungslos zurückgewiesen. Schnellere und bessere Integration der Geflüchteten, aber auch schnellere Rückführung von Straftätern und abgelehnten Asylbewerbern wird als Weg gesehen, um das Problem zu bekämpfen. Als großes Problem wird die Einstellung von Ländern wie Polen, Ungarn und Österreich gesehen, die den Konsens in Europa torpedieren. Die Einrichtung von Auffanglagern an den EU-Grenzen wird kontrovers diskutiert. Verzweifelte Flüchtlinge werden sich wohl nicht davon abhalten lassen, nach Europa zu kommen.

Top 4: Ortsbeirat
Rolf Schowalter wird bei der nächsten Ortsbeiratssitzung am 23. November den Vorsitz an die CSU abgeben.

Top 5: Sonstiges
Die nächste Ausgabe des Tennenloher Bote ist für Beginn Dezember geplant. Rolf stellt eine erste Liste von Themen zusammen. Redaktionsschluss 15. November.

Hans Hauer

Wir laden Euch recht herzlich ein zum

„Enten“-Essen bei Fritz Klein im „Schlößla“ (Schloßgaststätte, Schlossgasse 7) Sonntag, den 19.11.23, 12.00 Uhr

P.S.: die Gänse sind zu teuer geworden!

Der Distrikt freut sich auf euer Erscheinen und auf gute Gespräche Bitte kurze Rückmeldung an Rolf Schowalter bis zum 15.11.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter,

Tel.: 09131 / 60 19 24
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

am Mittwoch, 08.11.2023, 19.30 Uhr, Schlossgaststätte, Schlossgasse 7

Tagesordnung:
1. Berichte
2. Unsere Haltung zu Israel und zur israelische Regierung
3. Behebung des Arbeitskräftemangels durch Zuzug von außen?
4. Situation im Ortsbeirat
5. Tennenloher Bote
6. Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Treffen im Dezember 13.12., 19.30 Uhr (Versammlungsort ungeklärt)

DISTRIKT WEST

Vorsitzende

Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com

Felizitas Traub-Eichhorn
felizitas.traub-eichhorn@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

am Mittwoch, 22.11.2023, 20:00 Uhr, im Gasthof Güthlein (Dorfstraße 14).

Diesmal wird die Bürgerinitiative „VIEL LÄRM UM KiDZ“, vertreten durch Joanna Kaiser und Jaana Sturm, zu Gast sein. Beide Vertreterinnen wohnen im Stadtwesten. Die BI setzt sich bayernweit für eine bessere Betreuungssituation in Kitas und Schulen ein. Sie werden uns die aktuelle, sehr schwierige Situation schildern und auch darlegen, was man dagegen tun kann.

Solidarische Grüße,

Katrin Hurle

DISTRIKT OST

Vorsitzender

Felix Klingert
felix.klingert@gmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer Jahreshauptversammlung mit Wahlen

am Dienstag, 17.11.2023, 19:00 Uhr, in die Pizzeria Romano, Schronfeld 74, Nebenraum).

Auf der Jahreshauptversammlung wird die inhaltliche und personelle Ausrichtung des Distrikts für die nächsten Jahre festgelegt (nähere Informationen: Siehe Brief zum Monatsspiegel).
Wir freuen uns auf rege Teilnahme.

Bitte meldet euch bei Fragen oder Rückmeldungen per Mail:
schaefer-erlangen@web.de und felix.klingert@gmail.com.

Solidarische Grüße,
Silvia und Felix

Weitere Termine 2023 im Überblick:
- 12.12., 19 Uhr: Jahresabschluss (Lokal mit separatem Nebenraum)

AG 60+

Vorsitzende
Monika Fath-Kelling
Telefon: 09131 897065
kellingmo@nefkom.net

Protokoll der Sitzung vom 11. Oktober 2023, 15 – 17 Uhr in der Thalermühle

- Monika begrüßt die Anwesenden.
- Aktuelles: Wir diskutieren über den Angriff der Hamas auf Israel und die Entführung und Ermordung der Geiseln, sowie die verschiedenen Reaktionen darauf. Weltweit: USA, arabische Welt, China, Europa: Borell, vdLeyen, Deutschland: unsere Regierung, unsere Kommune... Wie stehen wir selbst dazu, denn das Verstecken hinter einer „Staatsräson“ kann die „doppelten Standards“ in der Konfliktwahrnehmung, sowie die menschenverachtenden Sicht- und Ausdrucksweisen vielerorts nicht überdecken. Wenn die Einhaltung der Menschenrechte immer so einfach wäre, wie es sich zu Zeiten von Sonnenschein darstellt, könnte es ja jeder. Wenn‘s stürmt und ans Eingemachte geht, dann müssten sie eingehalten werden! Und das ist unvergleichlich schwieriger!

- Nachdem wir uns in den letzten Monaten ausgiebig mit dem Krieg in der Ukraine beschäftigt haben und verschiedene Anträge an die KMV gestellt haben, so „Nukleare Abrüstung“, „Für Diplomatie und Deeskalation“ ... wollen wir uns jetzt auf kommunaler Ebene allgemeiner mit dem Thema „Friedensarbeit“ beschäftigen. Hem macht auf die Initiative „Mayors for peace“ aufmerksam, die auch durch Erlangen und seinen OB aktiv unterstützt wird. Vielleicht könnte diese Initiative einen offenen Brief von Mayors for Peace direkt an Herrn Putin adressieren, in dem die Majors, dem Wunsch ihrer Bürger gemäß, bitten, die kommunalen, völkerverbindenden Städtepartnerschaften auch über den Krieg hinweg nicht abzureißen, sondern aktiv weiterzuführen. (oder, wenn nicht direkt so vielleicht „über Bande“ unseres Alt-Kanzlers Schröder!?) So ein Appell gegen Gewalt und Krieg gerichtet, wird von allen befürwortet.

- Johannes Lades, unser Gast in der AG60+, liest einen Satz von Benjamin Abelow aus dem Buch „Wie der Westen den Krieg in die Ukraine brachte“. Wir teilen die Auffassung, dass im Vorfeld des Kriegs den legitimen Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation leider nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewährt wurde. Ein „kollektives (und kolossales) Versagen“ des Westens.

- Es wird nochmals erinnert: Im Jahre 2008 haben Merkel und Macron strikt abgelehnt die Ukraine in die Nato aufzunehmen. Die Ukraine erfüllte zu diesem Zeitpunkt weder ein einziges Kriterium für eine Aufnahme in die Nato noch gar der EU. Dafür hat man sich in der EU in der Folge hinreißen lassen der Ukraine ein vergiftetes Assoziierungsabkommen anzubieten, das die Ukraine in ein hässliches Dilemma setzte. Sie haben sich gegen die Russische Föderation entschieden, haben sich vom Dogma der USA gefangen nehmen lassen: Wir sind die dominierende Weltmacht (und das wollen wir auch bleiben), wenn ihr auf unserer Seite kämpft, werdet ihr zu den Siegern gehören... Verloren haben auf jeden Fall auf allen Seiten die Bevölkerungen und diejenigen, die in diesem vermeidbaren Konflikt auf die Schlachtfelder gezwungen wurden. Oder durch Vertreibung, Flucht, persönlichen Verlust ins Elend geführt wurden.

- Zum Ausgang der Landtagswahl 2 Tage vorher, liest Monika aus einem Brief von einem Genossen aus Hof dessen Resümee vor:
  1) Wir haben 1 Jahr mit „leichter Rezession“ hinter uns
  2) Wähler entscheiden nicht

zwischen Kommunal- und Bundestagswahl.
3) Die Deutschen sind kein „kriegerisches“ Volk mehr. Dazu die Aussage von Habeck „wir bauen jeden Steg und jede Brücke wieder auf nach dem Krieg“, das gefällt nicht allen Deutschen mit Blick auf die eigene Infrastruktur!
4) Die Partei ist zu gering in den „Sozialen Netzwerken“ vertreten.
5) Es fehlen Emotionen und Pathos.

Anmerkung im Nachhinein:
Dazu gab es ausführlich und fundierter eine KMV am 13.10., sicher wird dazu noch ausführlicher protokolliert.

Nächste Termine:
AG60+ Mittwoch, 8. November 2023, 15:00 Uhr, Thalermühle

AG60+ Mittwoch, 13. Dezember 2023, 15:00 Uhr, Thalermühle

Filmnachmittage:
Mittwoch, 15. November 2023, 15:00 Uhr, IGM-Saal, „Paulette“

Protokoll:
Monika Fath-Kelling,
Renate Schmidt

JUSOS

Vorsitzende

Chantal-Sophié Eidt
Sophia Waldmann
info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,
im November 2023 treffen wir uns

am 07.11. und 21.11., jeweils um 19:30 Uhr im Sitzungszimmer des August-Bebel-Haus

(Friedrich-List-Straße 5 in Erlangen, Eingang unten über den Parkplatz).

Die Themen geben wir euch noch per E-Mail und in Slack bekannt.

Wir freuen uns auch euch!

Euer Vorstand

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN